



NEUES AB **2025**

Maßnahmen vor
Jahresende 2024

Alle Infos, Tipps
und Termine

K L I E N T E N -
JAHRESINFO
2024 / **2025**



Unser Ziel ist Ihr Erfolg.

Die SABU-Consult GmbH, Institut für ganzheitliches Wirtschaftsservice, besteht seit 1990 und ist ein Dienstleistungsunternehmen für wirtschaftliche Belange von Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben. Ob Gründung, Sanierung, Neuausrichtung oder Unternehmensübergabe – wir unterstützen und begleiten Unternehmen dabei, ihre Balance zwischen wirtschaftlichen Er-

fordernissen und humanen Bedürfnissen zu finden. Wir bieten Ihnen persönliche Beratung, Service und Hilfe bei der Umsetzung Ihrer Pläne und entwickeln individuelle Lösungen für Ihre Bedürfnisse.

**Erst wenn Sie erfolgreich sind,
sind wir es auch.**

Unsere Beratungsleistungen für Sie:

Beratung

- » Firmengründungen
- » Organisation und Strategie
- » Interim Management
- » Controlling und Monitoring
- » Business Coaching
- » IT/EDV

Begleitung

- » Restrukturierungen
- » Sanierung und Turnaround
- » Implementierung
- » Projektmanagement
- » Marketing und Kommunikation

Finanzen

- » Finanzierungen
- » Financial Monitoring

Nachfolgeberatung

- » Betriebsübergabe
- » Betriebsübernahme
- » Unternehmensankauf
- » Unternehmensverkauf

Betriebswirtschaft

- » Buchhaltung und Kostenrechnung
- » Lohn- und Gehaltsabrechnung
- » Jahresabschlüsse

Training

- » Seminare
- » Workshops
- » Inhouse Trainings
- » Potenzial Analyse

Vorwort

Liebe Klientinnen und Klienten,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und lädt zur Bestandsaufnahme ein. Wirtschaftlich befinden wir uns in einer Phase der Neuorientierung: Die Inflation ist zwar spürbar zurückgegangen und die Zinswende wurde eingeleitet. Dennoch ist die Wirtschaftslage nach wie vor von den Nachwirkungen der Hochzinsphase geprägt. Die anhaltende Rezession und eine gewisse Erwartungsunsicherheit lassen viele Unternehmen und Privatpersonen vorsichtig agieren, was die Investitionstätigkeit und den Konsum weiterhin auf niedrigem Niveau hält. Es gibt jedoch auch vorsichtig optimistische Signale, die Hoffnung auf eine allmähliche Stabilisierung im kommenden Jahr wecken.



In dieser unsicheren Zeit ist es uns ein besonderes Anliegen, Ihnen verlässlich zur Seite zu stehen. Eine vorausschauende und persönliche Beratung ist heute wichtiger denn je, um gemeinsam die bestmöglichen Entscheidungen zu treffen. Zögern Sie daher nicht, uns bei Fragen oder Anliegen zu kontaktieren – wir sind jederzeit für Sie da.

In dieser Klienten-Jahresinfo finden Sie wichtige Hinweise und Empfehlungen, um Ihre steuerliche Situation noch vor Jahresende optimal zu gestalten. Darüber hinaus geben wir Ihnen einen Überblick über die steuerlichen Änderungen, die im nächsten Jahr zu erwarten sind. So können Sie sich schon heute auf die Neuerungen einstellen und vorausschauend planen.

Auf unserer Webseite **www.sabu-consult.at** finden Sie noch viele weitere nützliche Steuerinfos, einen umfangreichen Info- und Servicebereich sowie unsere Online-Steuer-Rechner. Ein Besuch lohnt sich also.

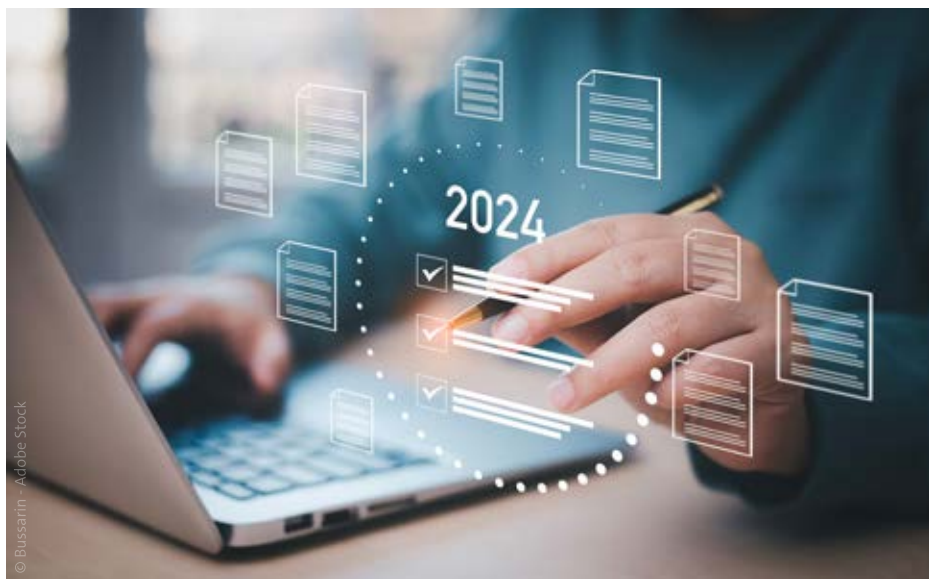
Zum Jahresausklang möchten wir uns herzlich für Ihr Vertrauen und die gute Zusammenarbeit bedanken. Ihnen und Ihren Familien wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, gesundes neues Jahr.

Mag. Dr. Alfred J. Winkler, MSc.
und das gesamte Team der SABU-Consult



Inhaltsverzeichnis

1 Maßnahmen vor Jahresende 2024	5
1.1 Für Unternehmer	5
1.2 Für Arbeitgeber	9
1.3 Für Arbeitnehmer	10
1.4 Für alle Steuerpflichtigen	11
2 Neues ab 2025 – aktuelle Themen	12
2.1 Die neue Kleinunternehmerregelung ab 2025	12
2.2 Abgabenänderungsgesetz 2024 bringt einige positive Veränderungen	14
2.3 Progressionsabgeltungsgesetz 2025 – Tarifestufen in der Einkommensteuer ab 2025 und weitere Erleichterungen	16
2.4 Konjunkturpaket „Wohnraum und Bauoffensive“ bringt steuerliche Erleichterungen	17
2.5 (Steuerliche) Erleichterungen bei Hochwasserkatastrophen	19
3 Fokus Unternehmer	22
3.1 Unternehmensübertragungen innerhalb der Familie leichter möglich durch Grace-Period-Gesetz	22
3.2 Änderungen im Arbeitsrecht durch Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie	23
3.3 BFG erneut zur Umsatzsteuerpflicht bei entgeltlicher Überlassung einer Patientenkartei	25
3.4 Die steuerliche Luxustangente bei Elektroautos	26
3.5 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland	27
4 Fokus Arbeitnehmer	29
4.1 Kosten für die doppelte Haushaltsführung bei Verlegung des (Familien)Wohnsitzes steuerlich abzugsfähig?	29
4.2 Arbeiten im Homeoffice wird zur Telearbeit	31
4.3 OGH stellt strenge Kriterien an die Verjährung von Urlaubsansprüchen	33
5 Fokus Immobilien	34
5.1 Hauptwohnsitzbefreiung – es bleibt bei der Begrenzung von 1.000 m ²	34
5.2 Änderung der Liebhabereiverordnung – längere Betrachtungszeiträume	35
5.3 VwGH zur Liebhaberei bei vorzeitiger Einstellung der Vermietung	35
5.4 Absetzbarkeit von Fremdkapitalzinsen bei Vermietung, wenn der Kredit von einem Familienangehörigen aufgenommen worden ist	36
5.5 Erhaltungsaufwand nach Mieterauszug ist steuerlich nicht absetzbar	37
6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze	39
6.1 Sozialversicherungswerte 2025	39
6.2 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz	39
6.3 Größenklassen für Kapitalgesellschaften	40
7 Steuertermine 2025	41



1 Maßnahmen vor Jahresende 2024

In durchaus turbulenten Zeiten sollte der näher rückende **Jahreswechsel** auch dieses Mal wieder zum Anlass für einen **Steuer-Check** genommen werden. Denn es finden sich regelmäßig Möglichkeiten, durch gezielte Maßnahmen legal **Steuern zu sparen** bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, **Gewinne und Verluste** der einbezogenen Gesellschaften **auszugleichen**. Voraussetzungen sind die **finanzielle Verbindung** (Kapitalbeteiligung von mehr als 50 % und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingetragener und sorgsam unterfertigter **Gruppenantrag** (die **amtlichen Formulare müssen im Original unterzeichnet** eingereicht werden – Unterfertigung mittels **qualifizierter elektronischer Signatur** und Einbringung über FinanzOnline ist jedoch möglich). Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der **Gruppenantrag** bis spätestens **31.12.2024** einzubringen. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Steuergruppe (z.B., weil eine neue Beteiligung am 1.1.2024 erworben wurde).

Forschungsförderung – Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **14 %** ist als **Steuergutschrift** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der

Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten Forschungsaufwendungen** können **Personal- und Materialaufwendungen** für F&E-Tätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungskosten und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende Investitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) der Höhe nach **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven **Gutachtens** der **FFG** (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen **inländischen Auftragnehmer** handelt – beim Auftraggeber mit **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich. Im Rahmen der Bemessungsgrundlage der eigenbetrieblichen Forschung kann auch ein **fiktiver Unternehmerlohn angesetzt** werden. Dieser beträgt **50 €** (zuvor 45 €) **pro** für Forschung und Entwicklung geleistete **Tätigkeitsstunde**, maximal 86.000 € pro Person.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt **bis zu 15 % des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 33.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **15 %** zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen, Wohnbauanleihen** bzw. auch andere **Wertpapiere** wie z.B. Bundesanleihen, Bank- und Industrieschuldverschreibungen oder bestimmte Investment- und Immobilienfonds (sofern auch zur Deckung von Pensionsrückstellungen geeignet). Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wertpapiere vor dem Ablauf von 4 Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. ist bei vorzeitiger Tilgung eine Wertpapierersatzanschaffung binnen 2 Monaten möglich. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur** der **Grundfreibetrag** zu (dies gilt auch bei der Pauschalierung für Kleinunternehmer). Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben der Steuerbelastung auch die Sozialversicherungsbelastung**. Der **Gewinnfreibetrag** wird für Gewinne ab von 33.000 € bis 178.000 € auf **13 % reduziert** und beträgt zwischen 178.000 € und 353.000 € **7 %**, zwischen 353.000 € und 583.000 € nur mehr **4,5 %**, für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt** der **Freibetrag** zur Gänze. Der Freibetrag beträgt daher **maximal 46.400 €**.

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach** dem **30.6.2024** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2024 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (seit 2023 max. **1.000 €**) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für **Investitionen seit 1.7.2020** kann alternativ zur linearen AfA eine **degressive AfA** in Höhe von **30 %** geltend gemacht werden. Dieser Prozentsatz ist auf den jeweiligen Buchwert (Restbuchwert) anzuwenden. **Ausgeschlossen** von dieser i.d.R. **beschleunigten Abschreibung** sind allerdings Investitionen in **Gebäude, KFZ** (nicht aber Investitionen in Elektrofahrzeuge), Firmenwerte oder **immaterielle Wirtschaftsgüter**, die nicht den Bereichen Digitalisierung, Ökologisierung oder Gesundheit/Life-Science zuzuordnen sind. Jedenfalls **ausgeschlossen** von der degress-

siven AfA sind Investitionen in unkörperliche Wirtschaftsgüter, die zur entgeltlichen Überlassung bestimmt sind oder von konzernzugehörigen Unternehmen/beherrschenden Gesellschaftern erworben wurden. Für **gebrauchte Wirtschaftsgüter** kann ebenso wenig die beschleunigte Abschreibung in Anspruch genommen werden wie für Anlagen, die der Förderung, dem Transport oder der Speicherung **fossiler Energieträger** dienen sowie Anlagen, welche fossile Energieträger direkt nutzen.

Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie **wirtschaftlich** gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte „**stehen gelassene Forderungen**“, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

Investitionsfreibetrag ausnützen

Seit 2023 kann für die Anschaffung oder Herstellung von bestimmten Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von zumindest 4 Jahren ein **Investitionsfreibetrag** von **10 %** bzw. für **ökologische Investitionen** von **sogar 15 %** geltend gemacht werden. Die Basis für den Investitionsfreibetrag ist jährlich mit 1 Mio. € begrenzt, so dass sich durch ein gezieltes Vorziehen oder Verschieben von Investitionen Gestaltungsmöglichkeiten ergeben. Für Wirtschaftsgüter, für die ein **Gewinnfreibetrag** geltend gemacht wird, steht **kein** Investitionsfreibetrag zu.

Öko-Zuschlag für Wohngebäude

Der für die Jahre 2024 und 2025 befristet geltende **Öko-Zuschlag** von 15 % kann als zusätzliche Betriebsausgabe für **thermisch-energetische Sanierungsmaßnahmen** bei zu **Wohnzwecken überlassenen Gebäuden** geltend gemacht werden. Begünstigte Maßnahmen sind u.a. eine Gebäudedämmung, der Austausch von Fenstern, Dach und Fassadenbegrünungen und der **Austausch** eines fossilen **Heizungssystems** durch ein klimafreundliches Heizungssystem.

Beschleunigte Abschreibung bei Gebäuden

Für Gebäude, die **nach dem 30.6.2020 angeschafft** oder hergestellt worden sind, gilt eine **beschleunigte AfA**. Im ersten Jahr beträgt die AfA von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten das **Dreifache** des „normalerweise“ anzuwendenden Prozentsatzes (7,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 4,5 % im außerbetrieblichen Bereich), im darauffolgenden Jahr das **Zweifache** (5 % bzw. 3 %). Ab dem zweitfolgenden Jahr beträgt die Bemessung der AfA 2,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 1,5 % bei der Vermietung und Verpachtung.

Für **Wohngebäude** im Betriebs- und Privatvermögen ist eine **noch attraktivere Abschreibung** möglich, sofern der **Neubau** zwischen **1.1.2024** und **31.12.2026** fertiggestellt wird und bestimmte **ökologische Standards** eingehalten werden („klimaaktiv Bronze-Standard“). Es kann dann in den **ersten drei Jahren** nach Fertigstellung der **3-fache-Wert der AfA** angesetzt werden – bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sind das jeweils **4,5 % für drei Jahre** (keine Halbjahres-AfA).



Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungsgewinnen von Anlagen

Natürliche Personen können die Versteuerung von **Veräußerungsgewinnen** für mindestens sieben Jahre im **Anlagevermögen** gehaltene Wirtschaftsgüter durch (eingeschränkte) Übertragung auf die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **Neuinvestitionen** einer **sofortigen Besteuerung entziehen** (Steuerstundungseffekt).

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Diese Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresnettoumsatz** von bis zu **35.000 €** möglich. Seit 1.1.2017 müssen für die Kleinunternehmergrenze **bestimmte steuerfreie Umsätze** (z.B. aus ärztlicher Tätigkeit oder als Aufsichtsrat) **nicht mehr berücksichtigt** werden. Maßgebend für die Kleinunternehmerbefreiung ist, dass das Unternehmen im Inland betrieben wird. Unternehmer, die Gefahr laufen, diese **Grenze** im Jahr **2024** zu **überschreiten**, sollten – sofern möglich – den **Abschluss der Leistungserbringung** auf 2025 **verschieben**. Ein Verschieben lediglich des Zahlungseingangs ist nicht ausreichend für die Einhaltung der Kleinunternehmergrenze. Ab **2025** beträgt die Umsatzgrenze **55.000 €** (Bruttogrenze).

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 35.000 €, Einkünfte unter 6.221,28 €) können eine GSVG-Befreiung für 2024 bis **31. Dezember 2024** beantragen. Berechtigt sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahren (Regelpensionsalter) bzw. Personen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den **letzten 5 Jahren** nicht überschritten wurden. Die Befreiung kann auch **während** des Bezugs von **Kinderbetreuungsgeld** oder bei Bestehen einer Teilversicherung während der Kindererziehung beantragt werden. Diesbezüglich gilt eine **monatliche Grenze** von 518,44 € bzw. ein monatlicher Umsatz von 2.916,67 € (jeweils im Durchschnitt).

Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen

Bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern** wird eine **Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen** dann anerkannt, wenn diese in ihrer Höhe der voraussichtlichen Nachzahlung für das betreffende Jahr entspricht. Rechnen Sie mit einer Nachzahlung, können Sie durch Leistung einer **freiwilligen Vorauszahlung** den Gewinn reduzieren bzw. glätten und damit eventuell nachteilige **Progressionssprünge vermeiden**.

Netzkarten für Selbständige

Seit 2022 können **Selbständige** (nicht auf andere übertragbare) **Netzkarten für den öffentlichen Verkehr** im Ausmaß von 50 % der Ausgaben **pauschal** als **Betriebsausgaben** absetzen, sofern diese auch für betriebliche Fahrten verwendet werden.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.24** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2017**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Unterlagen für Grundstücke bei **Vorsteuerrückverrechnung** sind **12 Jahre** lang aufzubewahren. Dienen Grundstücke nicht ausschließlich unternehmerischen Zwecken und wurde beim nichtunternehmerischen Teil ein Vorsteuerabzug in Anspruch genommen, verlängert sich die Aufbewahrungspflicht unter gewissen Voraussetzungen auf **22 Jahre**. Die Aufbewahrungspflicht für Unterlagen i.Z.m. **Grundstücken** beträgt auch **22**

Jahre, wenn mit der Vermietung zu Wohnzwecken bzw. unternehmerischen Nutzung ab **01.04.2012** begonnen wurde. Keinesfalls sollten Unterlagen vernichtet werden, die zur **Beweisführung** z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende **Lehreinrichtungen** wie auch Universitäten können bis zu einem **Maximalbetrag** von **10 %** des Gewinnes Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke, Tierschutz und an freiwillige Feuerwehren** sind als Betriebsausgabe absetzbar. Wesentlich ist mitunter, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2024 geleistet wurde. **Seit 2024** können unter gewissen Voraussetzungen (Gemeinnützigkeit) auch **Spenden an Schulen, Kindergärten**, Kultureinrichtungen oder **Sportvereine** abgesetzt werden. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass **betriebliche und private Spenden** zusammen das **Maximum** von **10 %** des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen. Seit dem Jahr 2024 ist auch die **Zuwendung von Lebensmitteln** an begünstigte mildtätige Einrichtungen einkommensteuerlich steuerneutral möglich.

Wertpapierdeckung bei Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen** müssen zum **Ende des Wirtschaftsjahres Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50 %** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer **entsprechenden Bedeckung** noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2019** hat bis spätestens 31.12.2024 zu erfolgen.

1.2 Für Arbeitgeber

Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- » Betriebsveranstaltungen (z.B. **Weihnachtsfeier**) 365 €;
- » Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;
- » **Klimaticket**: Seit 1.7.2022 ist die gänzliche oder teilweise Übernahme von Wochen-, Monats- oder Jahreskarten für öffentliche Verkehrsmittel steuerfrei möglich. Dazu zählt auch das **Klimaticket**;
- » Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;



- » **Kostenlose oder verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen**, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, **nicht** aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenstellplätze);
- » **Zukunftssicherung** (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;
- » Freie oder **verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz** von bis zu 8 € pro Arbeitstag;
- » Zuschuss für **Kinderbetreuungskosten** 2.000 € (pro Kind);
- » **Mitarbeiterrabatte** auf Produkte des Unternehmens, die nicht höher als 20 % sind, führen zu keinem Sachbezug. Diese 20 % sind eine **Freigrenze**, d.h. wird ein höherer Rabatt gewährt, liegt prinzipiell ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor, von dem im gesamten Kalenderjahr nur 1.000 € (**Freibetrag**) steuerfrei sind;
- » **Mitarbeiterbeteiligung**: für den Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von **Unternehmensanteilen** an Mitarbeiter besteht ein **jährlicher Freibetrag** pro Mitarbeiter i.H.v. **3.000 €**. Seit dem 1.1.2018 gibt es auch die Möglichkeit der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Aktien bis zu einem Wert von **4.500 € pro Jahr** in steuer- und sozialversicherungsbefreiter Form. Voraussetzung ist, dass eine **Mitarbeiterbeteiligungsstiftung** die Aktien bis zum Ende des Dienstverhältnisses treuhändig verwaltet;
- » **Mitarbeitergewinnbeteiligung**: Eine Gewinnbeteiligung von bis zu 3.000 € im Kalenderjahr kann steuerfrei (nicht aber sozialversicherungsfrei) ausbezahlt werden;
- » **Steuerfreie Mitarbeiterprämie (im Vorjahr noch „Teuerungsprämie“)**: im Ausmaß von **bis zu 3.000 €** kann im Jahr 2024 unter bestimmten Voraussetzungen eine **Mitarbeiterprämie** ausbezahlt werden, für die keine Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge oder Dienstgeberabgaben anfallen. Auf die Grenze von 3.000 € sind Zahlungen aus der zuvor genannten **Mitarbeitergewinnbeteiligung** anzurechnen, so dass hier eine gewisse Konkurrenz besteht.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor dem 31.12.24** entrichtet werden, damit sie 2024 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 € (Werbungskostenpauschale)** übersteigen. Überdies können die Kosten für die **Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars fürs Home-Office** (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung) von **bis zu 300 €** als zusätzliche Werbungskosten geltend

gemacht werden. Auch ohne Nachweis der Kosten können **pauschal 3 € pro Home-Office-Tag** (für maximal 100 Tage) als **Werbungskosten** abgesetzt werden.

Arbeitnehmerveranlagung 2019 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht-lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2019** läuft die Frist am 31.12.2024 ab. Dabei können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im Rahmen des **Freibetragsbescheids** noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährig-ge Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzzährige Beschäftigung**.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalierte Steuerpflichtige können **Steuerberatungskosten** jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind seit 2024 bis zu 600 € absetzbar und werden über die Meldung an das Finanzamt **automatisch** berücksichtigt.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen** etc.) können Spenden i.H.v. **max. 10 % des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld)**Spenden an mildtätige Organisationen, Tierschutzvereine** und Tierheime (BMF-Liste) sowie an **freiwillige Feuerwehren** Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10 % des Gesamtbetrags der Einkünfte**. Ab **2024** wurde mit dem **Gemeinnützigkeitsreformgesetz** die **Abzugsfähigkeit** von **Spenden** u.a. für Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen oder Sportvereine erweitert. Voraussetzung ist die **Gemeinnützigkeit** dieser Organisationen.

Zukunftsvorsorge – Bausparen – Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2024 geförderte **private Zukunftsvorsorge** im prämiengünstigten Ausmaß von **3.337,85 €** p.a. führt zur **staatlichen Prämie** von **4,25 % (141,86 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2024 eine **staatliche Prämie** von **18 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).



© Deemerwha studio Adobe Stock

2 Neues ab 2025 – aktuelle Themen

2.1 Die neue Kleinunternehmerregelung ab 2025

Eine sehr weitreichende Änderung durch das **Abgabenänderungsgesetz 2024** besteht in der Neuregelung der **umsatzsteuerlichen Kleinunternehmerregelung**. Ausgangspunkt war der Umstand, dass **bislang** Umsätze durch (Klein-)Unternehmer in einem anderen Mitgliedstaat **nicht** von der Kleinunternehmerbefreiung umfasst waren, woraus ein administrativer Mehraufwand sowie **Wettbewerbsnachteile** für Kleinunternehmer (national tätige Kleinunternehmer vs. im Binnenmarkt tätige Kleinunternehmer) entstehen konnten. Die entsprechende EU-Richtlinie zur Kleinunternehmerbefreiung hat zum Ziel, die **Kleinunternehmerregelung** auf Unternehmer in anderen EU-Mitgliedstaaten zu **erweitern**, die **Kleinunternehmergrenze anzuheben** sowie die Kleinunternehmerregelung zu harmonisieren.

Im Zuge der Implementierung der Vorgaben der EU wurde ein „**EU-Kleinunternehmer**“ geschaffen, damit österreichische Unternehmen auch **in anderen Mitgliedstaaten** die **Kleinunternehmerbefreiung** in Anspruch nehmen können. Umgekehrt können auch **ausländische Unternehmen** in Österreich die **Kleinunternehmerregelung** nutzen. Wichtig dabei ist, dass die Neuregelung der Kleinunternehmerregelung **nur für Unternehmen gilt, die in einem EU-Mitgliedstaat ansässig sind bzw. ihr Unternehmen betreiben**, nicht aber für Steuerpflichtige in **Drittstaaten**, selbst wenn sie im Gemeinschaftsgebiet über eine feste Niederlassung (Betriebsstätte) verfügen.

Wesentliche **Voraussetzung** für die Inanspruchnahme der EU-Kleinunternehmerregelung ist, dass der **Umsatz des Kleinunternehmers in der EU** sowohl im **Vorjahr** als auch im **laufenden Jahr** (jeweils ist das **Kalenderjahr** maßgebend) **100.000 € nicht überschreitet** bzw. überschritten hat (sogenannte **unionsweite Schwelle**, die auf den unionsweiten Jahresumsatz abstellt). Überdies dürfen die **jeweiligen lokalen Schwellenwerte nicht überschritten** werden, wobei die Mitgliedstaaten eine **Toleranzgrenze** für das einmalige Überschreiten der lokalen Schwellenwerte (max. 85.000 €) im-

plementieren können. Werden unionsweit die 100.000 € überschritten, so kann zwar die grenzüberschreitende Kleinunternehmerregelung nicht mehr in Anspruch genommen werden, jedoch immer noch die nationale Kleinunternehmerregelung, soweit der nationale Schwellenwert im Ansässigkeitsmitgliedstaat nicht überschritten wurde.

Rein für Österreich betrachtet können **österreichische Unternehmen** die **Kleinunternehmerregelung** in Anspruch nehmen, sofern die **Umsatzgrenze** (brutto) von **55.000 €** weder im **vorangegangenen** noch im **laufenden Kalenderjahr überschritten** wurde. Für die Befreiung ist kein Antrag nötig, es darf jedoch kein abweichendes Wirtschaftsjahr vorliegen. Bei der **Berechnung der Umsatzgrenze** sind manche Besonderheiten zu beachten, wobei z.B. Umsätze aus Hilfgeschäften einschließlich Geschäftsveräußerungen sowie bestimmte **steuerfreie Umsätze** wie etwa aus ärztlicher Tätigkeit oder als Physiotherapeut etc. **nicht zu berücksichtigen** sind.

Der **österreichische lokale Schwellenwert** für die Kleinunternehmergrenze betrug bislang 35.000 €, wobei der Betrag als Nettogrenze zu verstehen war, wodurch sich faktisch für die Anwendung der Kleinunternehmerbefreiung bei Umsätzen zum Normalsteuersatz eine **Grenze von 42.000 €** ergeben hat. Wird der **lokale Schwellenwert (von 55.000 €) überschritten**, jedoch um **nicht mehr als 10 %** (d.h. 60.500 €), so kann die **Steuerbefreiung** für Kleinunternehmer **bis zum Ende des Kalenderjahres** weiterhin **in Anspruch genommen** werden. Die **Befreiung** entfällt mit dem Umsatz, mit dem die **10 % Toleranzregelung überschritten wurde**. Für diesen und für alle **folgenden Umsätze** ist dann die **Befreiung nicht mehr möglich**. Bislang war die **Toleranzregelung** für Kleinunternehmer in Österreich derart ausgestaltet, dass ein **einmaliges Überschreiten der Umsatzgrenze** um **nicht mehr als 15 % innerhalb von fünf Kalenderjahren unbeachtlich** war. Nach der alten Toleranzregelung wirkte das **Überschreiten** der Umsatzgrenze jedoch auf den **Jahresbeginn** zurück.

Wie bisher ist bei Ausübung der „Kleinunternehmerregelung Neu“ der **Vorsteuerabzug** für Kleinunternehmer **generell ausgeschlossen**. Dabei ist es unerheblich, ob der (Klein)Unternehmer sein Unternehmen in Österreich oder in einem anderen Mitgliedstaat betreibt. In Österreich befreiten Kleinunternehmen steht kein Vorsteuerabzug für österreichische Umsatzsteuer zu. Grundsätzlich ist zu beachten, dass **weder ein Vorsteuerabzug im Ansässigkeitsmitgliedstaat** noch eine **Vorsteuererstattung** in den anderen **Mitgliedstaaten zusteht**, wenn Gegenstände oder Dienstleistungen erworben werden, um **steuerbefreite Umsätze** unter der nationalen und/oder der grenzüberschreitenden Kleinunternehmerregelung zu bewirken.

Will ein **inländisches Unternehmen** in einem anderen Mitgliedstaat die **EU-Kleinunternehmerregelung** in Anspruch nehmen, so müssen neben dem Umstand, dass der Unternehmer sein Unternehmen im Inland betreibt, noch **weitere Voraussetzungen** erfüllt sein. Es muss eine **Vorabmitteilung** über das **BMF-Portal** erfolgen, die Anwendung der Befreiung muss zumindest von einem Mitgliedstaat bestätigt werden und der **unionsweite Jahresumsatz** darf im vorangegangenen und im laufenden Kalenderjahr **nicht 100.000 € übersteigen** bzw. überstiegen haben (für den unionsweiten Schwellenwert gibt es **keine Toleranzregelung**). Die **Vorabmitteilung** hat Daten wie Name, Tätigkeit, Rechtsform, Anschrift, E-Mail, UID oder sonstige Identifikationsnummern (z.B. OSS, IOSS) zu enthalten, Mitgliedstaat oder Mitgliedstaaten, in dem bzw. denen die Steuerbefreiung in Anspruch genommen werden soll sowie den Jahresumsatz (des laufenden bzw. vorangegangenen Kalenderjahres) je Mitgliedstaat usw. Bei erfolgreichem Antrag wird dann eine **Kleinunternehmer-Identifika-**

tionsnummer mit dem Suffix „-EX“ erteilt. In Folge müssen von inländischen Unternehmen, welche auch in anderen Mitgliedstaaten die Kleinunternehmerregelung in Anspruch nehmen wollen, mehrere Grenzen und **Schwellenwerte** beachtet werden. Dabei wird das Überschreiten des unionsweiten Schwellenwerts auch durch Österreich überprüft. Überdies müssen die (Schwellen)**Regelungen** nach dem Recht des jeweiligen **Mitgliedstaates** beachtet werden (Prüfung durch den jeweiligen Mitgliedstaat), wobei hier **Toleranzregelungen** möglich sind.

Wollen beispielsweise **ausländische Unternehmen in Österreich** die **Kleinunternehmerregelung** nutzen (das Unternehmen wird in einem anderen Mitgliedstaat betrieben), darf der EU-weite Umsatz nicht die Schwelle von 100.000 € übersteigen (im Vorjahr und im laufenden Jahr). Außerdem ist die **Kleinunternehmergrenze** von **55.000** (brutto) in Österreich zu beachten – hierbei gilt auch die **10 % Toleranzgrenze** wie bei inländischen Unternehmen – und der **Antrag auf Inanspruchnahme der Begünstigung** hat im **Ansässigkeitsstaat** über das vorgesehene Verfahren zu erfolgen. Die Kleinunternehmerbefreiung in Österreich für ein Unternehmen aus einem anderen Mitgliedstaat wirkt ab dem Tag der Mitteilung der Kleinunternehmer-ID (Suffix „-EX“) im Rahmen des Verfahrens bzw. ab dem Tag der Bestätigung, falls eine Kleinunternehmer-ID bereits vorhanden ist.

Mit der Kleinunternehmerregelung sind einige **Meldeverpflichtungen** verbunden. Unternehmen, welche die Kleinunternehmerregelung in Anspruch nehmen, müssen (im Ansässigkeitsstaat) etwa **quartalsweise Meldungen** zu den **Umsätzen** in den einzelnen Mitgliedstaaten machen (gegebenenfalls auch Nullmeldungen) oder auch wenn der **EU-Schwellenwert überschritten** wurde (binnen 15 Werktagen ab Überschreiten) oder die Tätigkeit eingestellt wird bzw. die Voraussetzungen für die Anwendung der Kleinunternehmerregelung nicht mehr vorliegen. Schließlich können **Kleinunternehmer** nunmehr unabhängig vom Rechnungsbetrag **vereinfachte Rechnungen** gem. § 11 Abs. 6 UStG **ausstellen**.

2.2 Abgabenänderungsgesetz 2024 bringt einige positive Veränderungen

Das im **Juli 2024** im Nationalrat **beschlossene** und im Bundesgesetzblatt veröffentlichte **Abgabenänderungsgesetz 2024** bringt – zusätzlich zu den Neuerungen im Zusammenhang mit der Kleinunternehmerregelung – durchaus **positive Veränderungen** für Steuerpflichtige. Einige ausgewählte Themen werden nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Steuerfreie Lebensmittelspenden

Die Zuwendung von **Lebensmitteln** an **begünstigte mildtätige Einrichtungen** ist seit 1.1.2024 **einkommensteuerlich steuerneutral** möglich. Technisch betrachtet darf der steuerliche **Buchwert** (im Zeitpunkt der Zuwendung – dieser entspricht den gesamten Einkandskosten) als **Betriebsausgaben** abgezogen werden, anstelle einen gemeinen Wert ermitteln zu müssen. **Umsatzsteuerlich** kommt es erst ab 1.1.2025 zu Änderungen – in Form einer **echten** (umsatzsteuerlichen) **Steuerbefreiung** für Lebensmittelspenden an besagte Einrichtungen. Folglich geht auch das (anteilige) Recht auf Vorsteuerabzug nicht verloren. Die **umsatzsteuerliche** Befreiung gilt auch für die Spende von **nichtalkoholischen Getränken** (Alkoholgehalt von max. 0,5 Volumenprozent).

Verschärfungen und Erleichterungen bei der Gruppenbesteuerung

Schon bisher war im Rahmen der Gruppenbesteuerung die **Nichtabzugsfähigkeit von Teilwertabschreibungen** und von **Veräußerungsverlusten innerhalb der Unternehmensgruppe** unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen, um eine Mehrfachverwertung von Verlusten zu verhindern. Nun erfolgte durch das AbgÄG 2024 eine weitere **Einschränkung** dahingehend, dass vortragsfähige **Verluste** des **Gruppenträgers** aus Zeiten vor Wirksamwerden der Unternehmensgruppe **nicht verrechnet** werden können, soweit darin (vormals abzugsfähige) **Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert und Veräußerungsverluste** i.Z.m. Beteiligungen an Körperschaften enthalten sind, welche zum Zeitpunkt der Abschreibung bzw. des Veräußerungsverlusts bereits **Mitglied einer anderen Unternehmensgruppe** waren (gleiches gilt auch für noch nicht berücksichtigte Siebentelbeträge). Damit soll **verhindert** werden, dass es insbesondere bei Gruppenerweiterungen „nach oben“ zu einer **doppelten Verlustverwertung** kommt. Dies wäre beispielsweise möglich, wenn eine Muttergesellschaft Teilwertabschreibungen auf darunter liegende Beteiligungen vornimmt, welche bereits Teil einer Unternehmensgruppe waren, und in der Folge durch eine „**Gruppenerweiterung nach oben**“ den **Verlust** gleichsam **doppelt verwerten** könnte (bei der beteiligten Körperschaft selbst und nochmals durch Abzugsfähigkeit der Teilwertabschreibung bzw. des Veräußerungsverlusts an der Beteiligungskörperschaft bei der beteiligten Muttergesellschaft). Die **Neuregelung** kommt jedoch dann **nicht zum Tragen**, wenn erfasste **Teilwertabschreibungen** auf eine Beteiligung mit späteren steuerwirksamen **Zuschreibungen** des nunmehrigen Gruppenträgers auf die Beteiligung (entspricht dem darunter liegenden Gruppenmitglied) **verrechnet** werden können.

Darüber hinaus ist es ab der Veranlagung für das Kalenderjahr 2024 möglich, auf die **Zurechnung von Verlusten** eines ausländischen Gruppenmitglieds zu **verzichten**. Bislang waren die Verluste ausländischer Gruppenmitglieder **zwingend** zu berücksichtigen. Der wahlweise Verzicht auf die Zurechnung kann für **jedes Wirtschaftsjahr neu** ausgeübt werden und bezieht sich gegebenenfalls auf den **gesamten Verlust** des ausländischen **Gruppenmitglieds** des jeweiligen Wirtschaftsjahres. Eine teilweise Verlustberücksichtigung ist nicht möglich.

Schließlich kommt es im Rahmen der Gruppenbesteuerung auch zu einer **Erleichterung** bei der **Einbringung des Gruppenantrags**. Als Folge der strengen Auslegung durch das BFG besteht nunmehr die (gesetzlich verankerte) Möglichkeit, den Gruppenantrag durch **Unterfertigung** mittels qualifizierter **elektronischer Signatur über FinanzOnline** einzubringen. Analog unterzeichnete Anträge können jedoch auch in Zukunft nicht via FinanzOnline übermittelt werden.

Klarstellung beim Leistungsort bei Streaming-Leistungen

Bislang ist es bei der **Bestimmung** des (umsatzsteuerlichen) **Leistungsortes** immer wieder zu **Schwierigkeiten** gekommen, wenn **Leistungen virtuell zur Verfügung gestellt** wurden, wie es etwa bei **Streaming-Leistungen** der Fall ist. Die **Leistungsortregelung** wurde daher ab 1.1.2025 derart **erweitert**, dass sie zukünftig insbesondere **auch Streaming-Leistungen umfasst**, die nicht unter § 3a Abs. 11 lit a UStG fallen (z.B. **interaktive Online-Sprachkurse**). In Anlehnung an die Leistungsortregelung für elektronisch erbrachte Dienstleistungen liegt auch für diese Leistungen der Leistungsort an dem Ort, an dem der **Empfänger** den **Wohnsitz** oder **gewöhnlichen Aufenthalt** hat.



Umwandlung von „Phantom shares“ auf Start-up-Mitarbeiterbeteiligungen

Bis Ende 2025 wurde die Möglichkeit geschaffen, eine bisher in Form von **Phantom Shares** erfolgte **Vergütung** (es handelt sich dabei um virtuelle Anteile) auf **Start-up-Mitarbeiterbeteiligungen umzustellen**, ohne dass es zu einer Bewertung und **Versteuerung** des geldwerten Vorteils aus der dadurch stattfindenden Einlösung der virtuellen Gesellschaftsanteile kommen muss. Dies ist jedoch nur möglich, sofern alle **Voraussetzungen** für eine **Start-up-Mitarbeiterbeteiligung** erfüllt sind. Klargestellt wurde überdies, dass bei der Umstellung von Phantom Shares auf Start-up-Mitarbeiterbeteiligungen die Fristen des § 67a EStG neu zu laufen beginnen.

Lohnsteuerliche Änderungen

Beginnend mit dem **Veranlagungsbescheid** für das Kalenderjahr **2024** werden **Freibetragsbescheide** (gem. § 63 EStG) nur mehr **auf Antrag** erlassen.

Die Möglichkeit der **antragslosen Arbeitnehmerveranlagung** wird im Sinne der Verwaltungsvereinfachung zukünftig **ausgeweitet**. Sie ist ab der Veranlagung für 2024 auch dann **möglich**, wenn sämtliche Erfordernisse für eine **Pflichtveranlagung** vorliegen. Darüber hinaus ist ein neuer Bescheid auch dann möglich, wenn die Gutschrift aufgrund einer nachträglichen Datenübermittlung geringer wird.

2.3 Progressionsabgeltungsgesetz 2025 – Tarifestufen in der Einkommensteuer ab 2025 und weitere Erleichterungen

Durch die **Abschaffung der „kalten Progression“** wird die jährliche aufgrund der **Inflation** entstehende **Mehrbelastung abgegolten**. Dies äußert sich dadurch, dass die wesentlichen Tarifelemente und **Absetzbeträge automatisch** im Ausmaß von **zwei Dritteln der Inflationsrate angepasst** werden und das verbleibende Drittel durch die im Ministerratsbeschluss beschlossenen Entlastungsmaßnahmen abgegolten wird.

Durch die **automatische Inflationsanpassung** und die weitere gestaffelte Anpassung der für die Anwendung der 1. bis 5. Tarifestufe maßgebenden **Grenzbeträge zur Entlastung von niedrigen und mittleren Einkommen** ergeben sich nachfolgende Werte in der Einkommensteuer ab 2025.

Einkommen (in €)		Grenzsteuersatz
Über	Bis	
0	13.308	0 %
13.308	21.617	20 %
21.617	35.836	30 %
35.836	69.166	40 %
69.166	103.072	48 %
103.072	1.000.000	50 %
	Über 1.000.000	55 %

Zusätzlich wurden auch die **Absetzbeträge** samt der dazugehörigen Einkommens- und **Einschleifgrenzen** sowie die SV-Rückerstattung und der **SV-Bonus zur Gänze** an die **Inflationsrate** angepasst. Überdies wurden mit dem flexiblen Drittel der Entlastungssumme (651 Mio. €) Leistungsträger, Familien und Unternehmen unterstützt:

- » Für alleinverdienende bzw. erwerbstätige alleinerziehende Personen mit geringem Einkommen bringt ein **Kinderzuschlag** in Form eines **erhöhten Absetzbetrages** 60 € pro Monat und Kind.
- » Die **Tages- und Nächtigungsgelder** wurden **angehoben**: Tagesgelder für Inlandsdienstreisen dürfen dann bis zu 30 € betragen (bisher 26,40 €). Das Nächtigungsgeld wurde von 15 € auf 17 € angehoben.
- » **Erhöhung und Ökologisierung des Kilometergeldes**: Das Kilometergeld für Pkw, Motorräder und Fahrräder wurde mit einheitlich 50 Cent pro Kilometer festgesetzt – für mitbeförderte Personen kann ein Beitrag von 15 Cent pro Kilometer beansprucht werden.
- » Attraktivierung des **Kostenersatzes** bei der **Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel auf Dienstreisen**. Die Beförderungszuschüsse für die ersten 50 km wurden auf 50 Cent erhöht – für die weiteren 250 km auf 20 Cent und für jeden weiteren Kilometer auf 10 Cent.
- » Neuregelung beim **Sachbezug** für **Dienstwohnungen**: Die gänzlich **sachbezugsfreie Wohnfläche** wurde auf **35 m²** erhöht und Gemeinschaftsräume werden nicht mehr wie bisher jedem einzelnen Bewohner voll zugerechnet, sondern aliquot. Die **Abschlagsregelung** wurde ebenso angepasst – bei einer Wohnungsgröße von mehr als 35 m² bis maximal 45 m² beträgt die Verminderung (unverändert) 35 %.
- » Valorisierung der **Freigrenze** für **sonstige Bezüge** (insbesondere Urlaubs- und Weihnachtsgeld).
- » Erhöhung der **Kleinuntergrenze** in der Einkommen- und Umsatzsteuer von 35.000 € (netto) **auf 55.000 € (brutto)**.

2.4 Konjunkturpaket „Wohnraum und Bauoffensive“ bringt steuerliche Erleichterungen

Vor dem Hintergrund der in die Krise geratenen **Baubranche** – ausgelöst durch gestiegene Zinsen wie auch erhöhte Material- und Lohnkosten – wurden mit dem **Konjunkturpaket „Wohnraum und Bauoffensive“** wichtige konjunkturelle Impulse gesetzt, **leistbarer Wohnraum** geschaffen und der Zugang zu Eigentum erleichtert. Wichtige ausgewählte Aspekte werden nachfolgend im Überblick dargestellt.

Erhöhte AfA für Wohngebäude

Bereits im Rahmen des Konjunkturstärkungsgesetzes 2020 ist eine **beschleunigte Abschreibungsmöglichkeit für Gebäude** eingeführt worden. Nun wurde die **Abschreibungsmöglichkeit** für **Wohngebäude im Betriebs- und im Privatvermögen** weiter **verbessert**. Konkret kann in den ers-

ten drei Jahren nach Fertigstellung von Wohngebäuden der **3-fache Wert** der Absetzung für Abnutzung (**AfA**) angesetzt werden. Im Rahmen der Erzielung von **Einkünften aus Vermietung und Verpachtung** beträgt die **AfA** nunmehr **jeweils 4,5 % für drei Jahre**. Die Halbjahresabschreibungsregelung ist nicht anwendbar. Die schnellere Abschreibung von Gebäuden ist für **Neubauten** möglich, welche **zwischen 1.1.2024 und 31.12.2026 fertiggestellt** werden und ist zudem an das **Einhalten ökologischer Standards** („Klimaaktiv Bronze-Standard“) geknüpft.

Bessere Abschreibungsmöglichkeit bei Sanierungsmaßnahmen

Grundsätzlich ist der **Herstellungsaufwand** im Wege der AfA auf die **Restnutzungsdauer des Gebäudes zu verteilen**. In gewissen Fällen – etwa bei Aufwendungen i.Z.m. Denkmalschutz – war schon bisher eine beschleunigte Abschreibung möglich. Diese **beschleunigte Abschreibung** von **Herstellungsaufwendungen** wurde **nunmehr erweitert** (erstmalig anwendbar ab dem Kalenderjahr 2024), damit auch **Sanierungsmaßnahmen** im Rahmen der Fünfzehntelabsetzung **beschleunigt abgesetzt** werden können, sofern eine Bundesförderung nach dem 3. Abschnitt des Umweltförderungsgesetzes ausbezahlt wird. Insbesondere sind ökologisch ausgerichtete „**Nachverdichtungen**“ damit steuerlich **begünstigt**.

Ökozuschlag für Wohngebäude

Die Erreichung der Klimaziele ist eine wesentliche immanente Zielsetzung auch im Rahmen der „Wohnraum- und Bauoffensive“. Deshalb wird auch die **Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden** und die **Umrüstung auf klimafreundliche Heizungssysteme steuerlich begünstigt**. Das „**Öko-Sonderausgabenpauschale**“ hat schon bisher steuerliche **Anreize für den privaten Wohnbereich** geschaffen (Stichwort thermisch-energetische Sanierung und „Heizkesseltausch“). Mit einem neuen „**Ökozuschlag**“ wurden **klimafreundliche Sanierungsmaßnahmen bei vermieteten Wohngebäuden** steuerlich **attraktiver**. Die Förderung besteht darin, dass bei **vermieteten Wohnobjekten begünstigte Maßnahmen** mit einem **Zuschlag von 15 % für die Jahre 2024 und 2025 gefördert** werden (abzugsfähig als **Betriebsausgaben** oder **Werbungskosten**). Solche Maßnahmen sind z.B. die Dämmung von Außenwänden, der Fenstertausch, die Umstellung auf eine Wärmepumpe oder die Herstellung eines Fernwärmeanschlusses mit dem Ziel, die Energie- und Wärmeeffizienz des Gebäudes zu verbessern.

Wohnschirm wird aufgestockt

Der sogenannte **Wohnschirm** wurde im Jahr 2024 um weitere 60 Mio. € aufgestockt, sodass **2024 insgesamt 125 Mio. €** für den Bereich Wohnen **zur Verfügung stehen**. Konkret werden damit Delogierungsprävention, Wohnungssicherung und Energieunterstützung gefördert, um der anhaltenden **Teuerungswelle** entgegenzuwirken.

Abschaffung von Nebengebühren beim Eigentumserwerb

Für 2 Jahre befristet (**von 1. Juli 2024 bis 30. Juni 2026**) werden die **Nebengebühren** beim **Eigentumserwerb** – das sind die Grundbucheintragungsgebühr und die Pfandrechtseintragungsgebühr – **abgeschafft**. Dies gilt für die Anschaffung des Eigenheims mit **Hauptwohnsitzbegründung** und ist technisch als **Freibetrag bis zu 500.000 €** (Anschaffungskosten) ausgestaltet. Sofern die 500.000 € überschritten werden, entfallen die Nebengebühren nur bis zu dieser Grenze – **ab** einem Erwerb von **2 Mio. € entfällt die Begünstigung** zur Gänze. Um diese Begünstigung in Anspruch nehmen zu können, muss der **bisherige Wohnsitz für zumindest 5 Jahre aufgegeben** werden und der **Haupt-**

wohnsitz im neuen Eigenheim für **zumindest 5 Jahre begründet** werden. Der pfandrechtlich gesicherte Betrag muss für die Inanspruchnahme dieser Befreiung ausschließlich oder zu mehr als 90 % zum Erwerb dieser Liegenschaft aufgenommen worden sein.

Erleichterungen bei niedrig verzinsten Förderdarlehen zur Wohnraumschaffung

Mittels Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 wurde auch eine **Zinsunterstützung für Förderdarlehen zur Wohnraumschaffung** beschlossen. Die **Länder** haben dadurch etwa die Möglichkeit, bis zum Jahr 2028 beim Bund Mittel aufzunehmen und damit **niedrig verzinsten Darlehen** mit einem **Maximalzinssatz** von **1,5 %** und bis zu 200.000 € Kreditsumme für **Wohnbauförderung** an natürliche Personen vergeben zu können.

2.5 (Steuerliche) Erleichterungen bei Hochwasserkatastrophen

Im Fall der leider mittlerweile regelmäßig auftretenden **(Hochwasser)Katastrophen** wird den betroffenen Unternehmen durch verschiedenste Maßnahmen zur Seite gestanden. Das BMF sieht etwa eine regelmäßig überarbeitete Information zu steuerlichen Erleichterungen vor.

Das **BMF** hat im Jahr 2024 mehrere Updates zur **Information zu steuerlichen Erleichterungen** im Zusammenhang mit der **Hochwasserkatastrophe** veröffentlicht (GZ 2024-0.445.738). Der **Überblick** über die Maßnahmen, welche **steuerliche Erleichterungen** für Betroffene von insbesondere Hochwasserschäden und Erdbeben bringen sollen, beinhaltet folgende Themenbereiche:



- » Verlängerung von Fristen;
- » Erleichterungen bei Steuer(voraus)zahlungen;
- » Steuerfreiheit von Zahlungen aus dem Katastrophenfonds und freiwilligen Zuwendungen Dritter;
- » Zuwendungen und Spenden zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- » Allgemeine ertragsteuerliche Begünstigungen;
- » Liebhabereibeurteilung – Hochwasser als Unwägbarkeit;
- » Außergewöhnliche Belastungen i.Z.m. Hochwasserschäden;
- » Freibetragsbescheid;
- » Befreiung von Gebühren und Bundesverwaltungsabgaben;
- » Abstandnahme von der Festsetzung der Grunderwerbsteuer.

Die **nachfolgenden Themenbereiche** der BMF-Info wurden im Jahr 2024 geändert bzw. hinzugefügt und werden nachfolgend **im Überblick** dargestellt.



Liebhabereibeurteilung

Bei der **Liebhabereibeurteilung** führt die BMF-Info aus, dass **Naturkatastrophen** wie z.B. Hochwasser **unvorhersehbare Ereignisse** darstellen und **nicht zu einer Liebhabereibeurteilung** einer Betätigung führen, wenn vor dem Eintritt des Ereignisses eine **Gewinnerzielungs- bzw. Überschusserzielungsabsicht darstellbar** war. Umstände wie durch Unwägbarkeiten aufgetretene unvorhergesehene Aufwendungen oder **Einnahmenausfälle**, die ein Ausbleiben des Gesamterfolges bewirken, können demnach **nicht allein** zu einer Qualifizierung der Betätigung als **Liebhaberei** führen.

Wird eine Betätigung aufgrund von Unwägbarkeiten beendet, **liegt** im abgeschlossenen Zeitraum eine **Einkunftsquelle** vor, sofern bis zum **Zeitpunkt der Beendigung** die **Absicht** der Erzielung eines **Gesamtgewinns** bzw. Gesamtüberschusses **nachvollziehbar** bestanden hat. Da **Prognoserechnungen** für die Liebhabereibeurteilung maßgebend sind, müssen hier einnahmen- und ausgabenseitig **steuerliche Auswirkungen neutralisiert** werden, sofern diese auf unvorhergesehene Ereignisse in den tatsächlichen Ergebnissen vergangener Jahre zurückzuführen sind.

Grunderwerbsteuer

Als **Begünstigung** für von der Hochwasserkatastrophe (gilt genauso für Erdbeben-, Vermurungs- und Lawinenschäden) betroffene Steuerpflichtige kann der BMF-Info folgend auch von der **Festsetzung der Grunderwerbsteuer Abstand genommen** werden, sofern zum **Zwecke der Absiedelung** ein grunderwerbsteuerlicher Tatbestand wie z.B. der **Kauf eines Ersatzgrundstücks** gesetzt wurde. Damit keine Grunderwerbsteuer auf die Ersatzbeschaffung anfällt, müssen einige **Voraussetzungen** erfüllt sein. So müssen die Absiedelung und folglich die Ersatzbeschaffung durch einen **durch höhere Gewalt ausgelösten Notstand** veranlasst sein. Das **Ersatzgrundstück** muss mit dem ursprünglichen Grundstück im Wesentlichen **vergleichbar** sein – jedenfalls kann bei der Festsetzung der Grunderwerbsteuer der glaubhaft gemachte **gemeine Wert des ursprünglichen Grundstücks** von der Bemessungsgrundlage des Ersatzgrundstücks **abgezogen** werden. Überdies muss die **Verlegung des Wohnsitzes** (bzw. Sitzes) **binnen 4 Jahren** ab der Ersatzbeschaffung erfolgen. Schließlich muss auch der **Eintritt des Schadens** durch die Naturkatastrophe entsprechend **nachgewiesen** werden (z.B. Bestätigung durch die Gemeinde oder durch öffentliche Einrichtungen wie die Feuerwehr).

Freiwilligenpauschale

Für Personen, die **ehrenamtlich** für eine i.S.d. **BAO gemeinnützige Organisation** im Bereich der **Katastrophenprävention** und -hilfe tätig sind, kann ein **Freiwilligenpauschale** in Höhe von bis zu **50 € pro Tag** (höchstens jedoch 3.000 € pro Jahr) **steuerfrei** gezahlt werden.

Investitionsbegünstigungen auch bei Vermietung und Verpachtung

Die BMF-Info verweist auch auf die **allgemeinen Investitionsbegünstigungen für Ersatzbeschaffungen**. Diese sind auch auf Ersatzbeschaffungen von Anlagegütern im **Betriebsvermögen** aufgrund von Hochwasserschäden anzuwenden und umfassen sowohl die lineare wie auch die **degressive Abschreibung** (AfA). Für zwischen 2024 und 2026 fertiggestellte **Wohngebäude** im **Betriebsvermögen** (angeschafft oder hergestellt) kann eine **beschleunigte AfA** geltend gemacht werden. Der BMF-Info folgend ist hierbei auch zu beurteilen, ob **Aufwendungen** den Charakter einer **Herstellung** haben, da Instandsetzungs- oder Instandhaltungsaufwendungen keinen Herstellungsaufwand darstellen. Aufwendungen zur **Beseitigung von Hochwasserschäden** sind allerdings nicht als Instandsetzungsaufwand, sondern als **sofort absetzbarer Instandhaltungsaufwand** zu behandeln. Die **BMF-Info**

stellt klar, dass diese **Erleichterungen sinngemäß** auch bei der **Erzielung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung** gelten.

Zusätzlich zu den genannten Erleichterungen können vom Hochwasser geschädigte Unternehmen regelmäßig auch **Kurzarbeit** in Anspruch nehmen sowie durch **Sonderkredite** und **Garantien** rasch und unbürokratisch unterstützt werden.

Kurzarbeit

Die **Kurzarbeit** soll die wirtschaftlichen Folgen der Naturkatastrophen abfedern und ermöglicht es, von einer andauernden Betriebsschließung betroffenen Unternehmen ihre **Mitarbeiter vorübergehend** zur **Kurzarbeit** anzumelden. Im konkreten Fall von Hochwasser **entfällt** die **Notwendigkeit** einer **Sozialpartnervereinbarung** – es genügt der **Abschluss** einer **Betriebsvereinbarung**, um die Kurzarbeit in Anspruch nehmen zu können. Wichtig ist überdies, sich zeitnah mit der regionalen Geschäftsstelle des **AMS** in Verbindung zu setzen. Der **Antrag** auf Kurzarbeit kann **bis zu drei Wochen rückwirkend** zum Beginn der Kurzarbeit gestellt werden.

Sonderkredite und Garantien

Durch die **Bereitstellung** von **Sonderkrediten** und **Garantien** soll rasch **Liquidität** für geschädigte Unternehmen sichergestellt werden. Konkret können betroffene Unternehmen **zinslose Kredite über ERP-Fonds** (ERP steht für European Recovery Program) aufnehmen, um die Finanzierung von **Ersatzinvestitionen** zu ermöglichen. Die Abwicklung der ERP-Kredite erfolgt über die ERP-Treuhandbanken bzw. durch die OeHT bei Ansuchen aus dem Tourismus und aus der Freizeitwirtschaft. Für bereits in Anspruch genommene Kredite bei den Förderbanken aws und OeHT soll die Möglichkeit zur Tilgungsaussetzung bzw. zur Stundung bestehen, damit diese **begünstigte Finanzierungsmöglichkeit** sinnvoll genutzt werden kann.

Schließlich können betroffene Unternehmen um **staatlich besicherte Garantien** bis zu 10 Mio. € (im Tourismus bis zu 5 Mio. €) **ansuchen** – im Einzelfall mit **Sonderkonditionen** und bis zu 80 % Besicherung. Die Abwicklung der Garantien, für welche **weder Haftungs- noch Bearbeitungsentgelt** anfallen, erfolgt über aws bzw. OeHT.

Überdies bietet auch die **ÖGK** regelmäßig **Soforthilfe** für vom Hochwasser betroffene Unternehmen. Die Maßnahmen im Sinne der **unbürokratischen Soforthilfe** für in Not geratene Betriebe umfassen folgende Themenbereiche:

- » Stundungen,
- » Ratenvereinbarungen,
- » Meldeverspätungen,
- » Beitragsprüfungen.

Die **regionalen Ansprechpartner** für betroffene Unternehmen finden sich auf dem Dienstgeberportal der ÖGK unter www.gesundheitskasse.at/dg-ansprechperson.



3 Fokus Unternehmer

3.1 Unternehmensübertragungen innerhalb der Familie leichter möglich durch Grace-Period-Gesetz



Das **Grace-Period-Gesetz** bringt **Rechts- und Planungssicherheit** (aus steuerlicher Sicht) bei der **Übertragung** von **Familienbetrieben** und KMUs. Darüber hinaus sieht es Verwaltungsvereinfachungen bei Betriebsübergaben im Gewerberecht vor sowie **Entbürokratisierung** und Kostensenkung im Bereich des Arbeitnehmerschutzgesetzes. Hintergrund für die Erhöhung von steuerlicher Rechts- und Planungssicherheit ist der Umstand, dass 2/3 aller Betriebsübergaben innerhalb der eigenen Familie erfolgen und insbesondere für übernahmewillige **Nachfolger im Familienkreis** größtmögliche **Rechts- und Planungssicherheit geschaffen** werden soll. Konkret erfolgt dies vor allem dadurch, dass bislang noch ungeprüfte Zeiträume des übergebenden Unternehmens einer **Außenprüfung** unterzogen werden.

Das Grace-Period-Gesetz übernimmt dabei Elemente des bereits bestehenden Instruments der „**begleitenden Kontrolle**“ und ist in Form der „**begleiteten Unternehmensübertragung**“ ein weiterer Schritt in Richtung „**Co-operative Compliance**“. Grundvoraussetzungen für steuerliche Rechts- und Planungssicherheit für den Übernehmenden sind eine **erhöhte Offenlegungspflicht** und ein laufender Kontakt zwischen Steuerpflichtigen und dem Finanzamt im Rahmen dieses Verfahrens. Bedeutende **Unterschiede** zwischen der Begleitung der Unternehmensübertragung und der begleitenden Kontrolle sind etwa, dass bei der **begleitenden Kontrolle** ein **Steuerkontrollsystem (SKS)** **erforderlich** ist. Die obligatorische Außenprüfung im Rahmen des hier vorgestellten Konzepts umfasst nur die **letzten drei Jahre** vor Antragstellung anstelle von fünf Jahren im Rahmen der begleitenden Kontrolle.

Antragsberechtigt (Antragstellung ist ab 1.1.2025 möglich und hat zwingend **über FinanzOnline** zu erfolgen) zur Begleitung der Unternehmensübertragung innerhalb der Familie sind natürliche Personen, die **innerhalb von zwei Jahren** einen **Betrieb**, Teilbetrieb oder einen Anteil an einer Mitunternehmerschaft, an dem bzw. der ausschließlich Angehörige beteiligt sind, einem oder mehreren **Angehörigen übertragen wollen**. Dabei ist eine vollständige Aufgabe des gesamten Betriebs für die Inanspruchnahme der Begünstigung nicht nötig. Das nötige **Angehörigenverhältnis** ist **weit gefasst** und umfasst **Übertragungen unter Ehegatten** und Ex-Ehegatten; unter **Verwandten** in gerader Linie und Verwandten zweiten, dritten und vierten Grades in der Seitenlinie; unter Verschwägerten in gerader Linie und Verschwägerten zweiten Grades in der Seitenlinie; Übertragungen an Wahl-(Pflege-)Eltern oder Wahl-(Pflege-)Kinder; ebenso unter Personen, die miteinander in Lebensgemeinschaft leben, sowie **an Kinder und Enkel** einer dieser Personen im Verhältnis zur anderen Person; und unter eingetragenen Partnern und Ex-eingetragenen-Partnern.

Weitere Voraussetzung ist, dass das **Finanzamt Österreich** für die Begleitung der Unternehmensübertragung und somit für Antragsteller und Erwerber **zuständig** ist. Sind alle **Voraussetzungen erfüllt**, so **beginnt** die begleitende Unternehmensübertragung mit einer **Außenprüfung**, die poten-

zielle **steuerliche Risiken** des Antragstellers und der Erwerber **aufzeigen** soll. Die begleitende Unternehmensübertragung stellt dabei insbesondere folgende Anforderungen an die **Außenprüfung**:

- » Sie hat die **letzten 3 Jahre** vor der Antragstellung zu umfassen, sofern bereits eine entsprechende Abgabenerklärung eingereicht worden ist und noch keine Außenprüfung stattgefunden hat.
- » Sie soll innerhalb von 3 Monaten ab Antragstellung beginnen und
- » sie soll **innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen** sein.

Derart geprüfte Unternehmen (steile) sind für die geprüften Jahre von einer **späteren Außenprüfung auszunehmen**. Proaktiv und im Sinne der Rechts- und Planungssicherheit können auch **Besprechungen** zwischen den potenziellen Erwerbern und dem Finanzamt stattfinden, in deren Rahmen auch **Auskünfte** über **bereits verwirklichte** und **noch nicht verwirklichte Sachverhalte** eingeholt werden können (ein Auskunftsbescheid gem. § 118 BAO ist jedoch vorrangig).

Typischerweise **endet** die **Begleitung der Unternehmensübertragung** mit der Abgabenerklärung für das Kalenderjahr, in dem die Übertragung abgeschlossen wurde. Auf Antrag bzw. amtswegig ist ebenso eine vorzeitige Beendigung möglich bzw. zwingend – etwa, wenn über das zu übertragende Unternehmen ein Insolvenzverfahren eröffnet wird.

3.2 Änderungen im Arbeitsrecht durch Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie

Die **Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie ins österreichische Recht** brachte einen **Mehraufwand für Arbeitgeber** mit sich. Umfasst sind neben **erhöhten Informationspflichten** die Inhalte des Dienstzettels und des Auslandsdienstzettels sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung und der **Kündigungsschutz** bzw. das Benachteiligungsverbot. Die **Umsetzung** des Pakets erfolgte in Österreich am **28. März 2024** – insbesondere seit diesem Datum **neu abgeschlossene Arbeitsverträge bzw. freie Dienstverträge** sind also von den Neuregelungen **betroffen**. Wichtige Aspekte sind nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Erweiterungen beim Dienstzettel und beim Auslandsdienstzettel

Schon bisher hatten **Arbeitgeber** grundsätzlich die **Verpflichtung** gem. AVRAG, ihren Arbeitnehmern bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses, bei einem Auslandseinsatz von mehr als 1 Monat oder bei Änderungen gewisser Arbeitsbedingungen einen **Dienstzettel**, Auslandsdienstzettel oder Änderungsdienstzettel **auszustellen**. Zum Stichtag 28. März 2024 wurden nun die **Mindestinhalte des Dienstzettels** um folgende inhaltliche Punkte **erweitert**:

- » Hinweis auf das einzuhaltende Kündigungsverfahren,
- » Sitz des Unternehmens,
- » (Kurze) Beschreibung der zu erbringenden Arbeitsleistung,
- » Vergütung von Überstunden,
- » Art der Auszahlung des Entgelts,
- » Angaben zu den Bedingungen für die Änderung von Schichtplänen (sofern zutreffend),
- » Name und Anschrift des Trägers der Sozialversicherung,



- » Dauer und Bedingungen der vereinbarten Probezeit,
- » Anspruch auf eine vom Arbeitgeber bereitgestellte Fortbildung (wenn ein solcher Anspruch besteht).

Bei dem **Änderungsdienstzettel** verkürzen sich die Fristen zur Ausstellung – so ist gem. der Neuregelung vorgesehen, dass ein solcher Änderungsdienstzettel **spätestens** am Tag des Wirksamwerdens der Änderungen mitzuteilen ist.

Die Umsetzung der EU-Richtlinie brachte auch mögliche **Strafen** mit sich. So sind **Verwaltungsstrafen** zwischen 100 € und 436 € vorgesehen, wenn der **Arbeitgeber keinen Dienstzettel ausstellt**. Der Strafraum erhöht sich grundsätzlich auf 500 € bis 2.000 €, wenn mehr als 5 Arbeitnehmer betroffen sind oder innerhalb von drei Jahren eine neuerliche Übertretung vorliegt. Überdies darf der Anspruch bzw. die Forderung eines Arbeitnehmers auf Ausstellung eines Dienstzettels **keine Benachteiligung** nach sich ziehen und schon gar nicht zu einer Kündigung führen (Recht zur Kündigungsanfechtung i.S.v. Motivkündigungsschutz).

Recht auf Mehrfachbeschäftigung

Arbeitnehmer haben **grundsätzlich** einen **gesetzlichen Anspruch** darauf, **mit mehreren Arbeitgebern Arbeitsverhältnisse einzugehen**. Unter bestimmten Voraussetzungen **kann** der **Arbeitgeber** jedoch **verlangen**, dass eine **zusätzliche Beschäftigung unterlassen wird**. Das ist dann zulässig, wenn die Beschäftigung in einem weiteren Arbeitsverhältnis mit **arbeitszeitrechtlichen Bestimmungen** nicht vereinbar ist (z.B., weil dann die gesetzlichen Höchstarbeitszeitgrenzen überschritten würden) oder für die Verwendung im bestehenden Arbeitsverhältnis abträglich ist (etwa bei Gesundheitsgefährdung oder wenn die Gefahr besteht, dass Geschäftsgeheimnisse preisgegeben würden). Jedenfalls hat der Arbeitnehmer i.Z.m. einer möglichen Mehrfachbeschäftigung das **Konkurrenzverbot** nach dem Angestelltengesetz zu **beachten**. Klargestellt wird dabei, dass Arbeitnehmer ohne entsprechende Bewilligung des Arbeitgebers weder ein selbständiges kaufmännisches Unternehmen betreiben noch im Geschäftszweig des Arbeitgebers für eigene oder fremde Rechnung Handelsgeschäfte machen dürfen.

Aus-, Fort- und Weiterbildung als Arbeitszeit

Jene **Aus-, Fort- und Weiterbildungen**, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften, Normen der kollektiven Rechtsgestaltung oder des Arbeitsvertrages eine **rechtliche Voraussetzung für die Ausübung** der arbeitsvertraglich vereinbarten **Tätigkeit** darstellen, sind **ausdrücklich** als **Arbeitszeit** zu qualifizieren. Überdies sind die **Kosten** für solche Aus-, Fort- und Weiterbildungen **vom Arbeitgeber zu tragen**, sofern sie nicht bereits von Dritten übernommen werden. Unklar bleibt bislang, wie sich diese neuen Kostentragungsregelungen auf bisherige Vereinbarungen über die **Rückzahlung von Ausbildungskosten** im Falle gewisser Beendigungen des Dienstverhältnisses auswirken werden.

Kündigungsschutz und Benachteiligungsverbot

Die Umsetzung der arbeitsrechtlichen EU-Transparenzrichtlinie bringt weitere **Verbesserungen für Arbeitnehmer** durch einen **Motivkündigungsschutz** sowie ein **Benachteiligungsverbot**. Kündigungen sind auf Verlangen des gekündigten Arbeitnehmers **schriftlich zu begründen**, wobei jedoch die Nichtübermittlung einer schriftlichen Begründung auf die Rechtswirksamkeit der Beendigung des Dienstverhältnisses keine Auswirkungen hat.

3.3 BFG erneut zur Umsatzsteuerpflicht bei entgeltlicher Überlassung einer Patientenkartei

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7105211/2018 vom 9.4.2024) mit der Frage auseinanderzusetzen, ob der **Verkauf der Patientenkartei** durch eine Ärztin an ihren Nachfolger **umsatzsteuerfrei** zu behandeln ist oder nicht. Während das **Finanzamt** der Ansicht war, dass eine **umsatzsteuerpflichtige Lieferung** vorliegt, wollte die Steuerpflichtige die **Befreiung** nach § 6 Abs. 1 Z 19 UStG geltend machen bzw. allenfalls jene nach § 6 Abs. 1 Z 26 UStG.

Das BFG setzt sich im Rahmen seiner Entscheidungsfindung mit beiden potenziellen Befreiungen auseinander. Entsprechend der **Mehrwertsteuersystem-Richtlinie** sind **Umsätze** aus **Heilbehandlungen** im Bereich der **Humanmedizin**, sofern sie von ärztlichen und arztähnlichen Berufen durchgeführt werden, von der **Umsatzsteuer befreit**. Darunter versteht man nicht nur Leistungen zur **Diagnose, Behandlung** und, soweit möglich, zur **Heilung von Krankheiten** oder Gesundheitsstörungen, sondern auch ärztliche Leistungen, die zum Zwecke der Vorbeugung von Krankheiten erbracht werden.

Dem **VwGH** folgend fallen nur solche **Tätigkeiten** unter die **Steuerbefreiung** gem. Z 19, die durch das „**Ärztegesetz 1998**“ abgedeckt sind. Dabei handelt es sich insbesondere um Untersuchungen auf das Vorliegen von körperlichen und psychischen Krankheiten oder Störungen etc., die Beurteilung und **Behandlung** solch krankhafter Zustände, die **Vorbeugung von Erkrankungen**, die Verordnung von Heilmitteln bzw. Heilbehelfen usw. Folglich bilden die im Ärztegesetz genannten Tätigkeiten den eigentlichen **Gegenstand eines ärztlichen Unternehmens**. Davon **abzugrenzen** sind jene (**Hilfs-)** **Geschäfte**, die der Unternehmer zur Förderung, Aufrechterhaltung und Fortführung sowie zur allfälligen Auflösung des Unternehmens tätigt. Dem **BFG** folgend ist die **Veräußerung gesammelter Patienteninformationen** in Form einer Patientenkartei **nicht** dem **Kernbereich** der **ärztlichen Tätigkeit** zuzurechnen – sie stellt hingegen ein Hilfsgeschäft dar. Daher kann der **Verkauf der Patientenkartei** **nicht** nach § 6 Abs. 1 Z 19 UStG **steuerfrei** sein, weil es sich um keinen Umsatz aus Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin, die im Rahmen der ärztlichen Tätigkeit durchgeführt werden, handelt, sondern um ein **nicht steuerfreies Hilfsgeschäft**.

Unter Umständen kann ein solches **Hilfsgeschäft** nach § 6 Abs. 1 Z 26 UStG **steuerfrei** sein, wobei dieser Tatbestand die **Lieferung eines Gegenstands voraussetzt**. Jedoch ist bereits einem **früheren VwGH-Erkenntnis** folgend und entgegen den Umsatzsteuerrichtlinien, aber in **europarechtskonformer Interpretation**, die **Übertragung eines Kundenstocks** als **sonstige Leistung** und **nicht** als **Lieferung** zu beurteilen. Da der wirtschaftliche Gehalt des Kaufes der Patientenkartei im Erwerb von Informationen über Patienten liegt (nicht körperlicher Gegenstand), ist von einem **Umsatz aus einer Dienstleistung** und somit einer **sonstigen Leistung** auszugehen.

Da folglich auch diese **Befreiung** im vorliegenden Fall **nicht greift**, ist dem **BFG** folgend der **Verkauf der Patientenkartei** **umsatzsteuerpflichtig**. Zweck des Verkaufs des Patientenstocks ist die Aufrechterhaltung bzw. Fortführung der Facharztpraxis. Die weitergegebenen Informationen im Patientenstock stellen eine **Hilfe** für die **reibungslose Ordinationsfortführung** dar. Der **Verkauf** ist eine **sonstige Leistung** und demnach ein **Hilfsgeschäft** zur **ärztlichen Tätigkeit** – die genannten umsatzsteuerlichen Steuerbefreiungen kommen nicht zur Anwendung. Die **Lieferung des Datenträgers** (i.S.d. Übergabe der Patientenkartei) ist als eine unselbständige Nebenleistung der sonstigen Leistung

zu sehen – eine **Befreiung** für diese Lieferung i.S.v. Z 26 **kommt daher nicht in Betracht**. Bereits in den Jahren 2014 und 2016 wurde vom **BFG entschieden**, dass es sich bei der **Übertragung einer Patientenkartei** um eine **umsatzsteuerpflichtige sonstige Leistung** handelt. Für den regelmäßig nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten Arzt als Erwerber der Patientenkartei führt die Umsatzsteuerpflicht der Übertragung typischerweise zu einem Kostenfaktor.

3.4 Die steuerliche Luxustangente bei Elektroautos

Der **VwGH** hatte sich (GZ Ro 2022/15/0043 vom 20.3.2024) mit der **steuerlichen Behandlung von Elektroautos** auseinanderzusetzen. Im Zentrum der Entscheidung stand die sogenannte „**Luxustangente**“, eine **Obergrenze** für die **steuerliche Absetzbarkeit von Kosten für PKWs**. Bei der Anschaffung von PKWs, welche nicht steuerlich begünstigt sind (Stichwort: „Fiskal LKW“) gilt als **steuerliche Anschaffungsobergrenze** im Allgemeinen ein Wert von **40.000 €**. Da bei steuerlich nicht begünstigten PKWs im Umsatzsteuergesetz ein **Vorsteuerabzugsverbot** für den Kauf normiert wird, ist diese Grenze als **Bruttowert** zu werten. Somit umfasst diese **Obergrenze** auch die **Umsatzsteuer** und die **Normverbrauchsabgabe**. Weiters sind auch die **Kosten für die Sonderausstattungen** wie z.B. Klimaanlage, Alufelgen, Sonderlackierung, Antiblockiersystem, Airbag, Allradantrieb, ein serienmäßig eingebautes Autoradio sowie ein serienmäßig eingebautes Navigationssystem **Teil der Anschaffungskosten**. **Sondereinrichtungen, die selbstständig bewertbar** sind, gehören nicht zu den Anschaffungskosten des PKW und **fallen nicht unter diese Angemessenheitsgrenze**. Die Anschaffungskosten umfassen daher beispielsweise nicht die Kosten eines nachträglich eingebauten Navigationssystems oder eines „Computer-Fahrtenbuchs“, die unabhängig abzuschreiben sind.

Für den Fall, dass die **Angemessenheitsgrenze überschritten** wird, sind die von den Anschaffungskosten abhängigen Aufwendungen, wie insbesondere die normale **Absetzung für Abnutzung**, aber auch die **Zinsaufwendungen** für die Fremdfinanzierung des Fahrzeuges und die Ausgaben für die Vollkaskoversicherung, im entsprechenden Ausmaß zu **kürzen**. Bei Anschaffung von **gebrauchten PKWs** ist generell zu unterscheiden, ob das Fahrzeug innerhalb von **60 Monaten nach seiner Erstzulassung** angeschafft wurde oder später. Bei gebraucht angeschafften Fahrzeugen, die nämlich älter als fünf Jahre sind, ist nicht der seinerzeitige Neupreis für die Luxustangente maßgeblich, sondern die tatsächlichen Anschaffungskosten.

Vor dem VwGH war nun **fraglich**, ob bei **Elektroautos**, bei denen ein **Vorsteuerabzug** beim Kauf umsatzsteuerlich **möglich** ist, die allgemeine **Luxustangente** von 40.000 € als **Netto- oder Bruttogrenze** zu werten ist. Der Fall, der dem Urteil zugrunde lag, betraf ein **Unternehmen**, das ein Elektroauto zu einem Preis von 79.960 € inkl. Umsatzsteuer angeschafft hatte. Das **Finanzamt** war der Meinung, dass für die Luxustangente vom Bruttowert i.H.v. 40.000 € die darin enthaltene **Vorsteuer** von 20 % **herausgerechnet** werden sollte, woraus sich rechnerisch eine **Anschaffungskostenobergrenze von 33.333,33 €** ergibt. Die darüberhinausgehenden Kosten wurden daher steuerlich nicht anerkannt. Der **VwGH bestätigte** die Meinung des **Finanzamtes** und führte aus, dass für den Fall der **Berechtigung zum Vorsteuerabzug** beim Kauf eines Elektrofahrzeugs die (in der Grenze enthaltene) **Umsatzsteuer** gemäß § 6 Z 11 EStG **nicht Teil der Anschaffungskosten sein kann**, weshalb die **Angemessenheitsgrenze** bei der Bemessung der AfA eines solchen PKW insofern um den **Umsatzsteueranteil reduziert** werden muss. Insofern schaffte der **VwGH Klarheit** und normierte die **Anschaffungskostenobergrenze bei Elektrofahrzeugen mit 33.333 €**.

3.5 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vorliegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten. **Ausgangsrechnung:** Rechnungen an Ihre Kunden (=Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formal-erfordernissen**. Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug! Eine Rechnung über 400 € (inkl. USt) hat gemäß §11 UStG folgende Punkte zu beinhalten:

1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmers.
2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.
3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.
4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.
5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.
6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.
7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag in EUR (ggf. Umrechnungskurs mit Kurs des BMF bzw. EZB Kurs).
8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum=Rechnungsdatum; eines der beiden Daten muss jedoch tatsächlich mit dem Hinweis angegeben sein).
9. Fortlaufende Rechnungsnummer.
10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die das Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben. Dies gilt ab 2025 auch für Kleinunternehmer (unabhängig vom Rechnungsbetrag):

- » Ausstellungsdatum,
- » Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmers,
- » Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/Art und Umfang der sonstigen Leistung,
- » Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,
- » Entgelt und der Steuerbetrag,
- » Steuersatz.



Rechnung

Kundennummer:
Belegnummer:
Ihre UID-Nummer:

999999
1234/2025
ATU 987654321

Belegdatum:
Fälligkeit:

09.07.2025
prompt

Lieferdatum

06.07.2025

Zahlungsart:

Einzahlung

Tel:
Fax:
E-mail:

+43 (0) 123456789
+43 (0) 12345678900
info@musterleistung.at

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

Vertragspartner:

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

	Menge	Betrag in € exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in € inkl. USt.
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59
Produkt2	1	10,00	20%	2,00	12,00
Summen		27,99		5,60	33,59

Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX

Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen.

Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt.

Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.

Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr

Dienstleistung Muster GmbH
Rathausplatz 5, 2000 Stockerau

FN 123123a, Landesgericht Korneuburg,
Firmensitz: Stockerau
UID-NR. ATU12345678

DVR-Nr: 12346567

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechtigen sie zu einem Vorsteuerabzug. **Fehlerhafte Rechnungen** bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.

4 Fokus Arbeitnehmer

4.1 Kosten für die doppelte Haushaltsführung bei Verlegung des (Familien)Wohnsitzes steuerlich abzugsfähig?

Die Frage nach der **steuerlichen Absetzbarkeit** von Kosten für doppelte Haushaltsführung im Falle der **Wohnsitzverlegung** wird oftmals kontroversiell diskutiert. So auch in den folgenden beiden Entscheidungen von VwGH und BFG.

In der ersten Entscheidung hatte sich der **VwGH** (GZ Ra 2023/15/0087 vom 29.5.2024) mit der Konstellation auseinanderzusetzen, in welcher eine Steuerpflichtige mit **Hauptwohnsitz** in der **Steiermark**, wo sie in dem gesamten Zeitraum **beruflich** als Beamtin tätig ist, **nach der Eheschließung** im Jahr 2012 in **Wien** einen **Nebenwohnsitz begründete** und das mit ihrem Ehemann bewohnte Einfamilienhaus in Wien als gemeinsame Familienwohnung diente. Für die Jahre **2020 und 2021** wollte sie – aufgrund **beruflicher Tätigkeit in der Steiermark und Familienwohnung in Wien** – **Kosten für doppelte Haushaltsführung** (für die Wohnung in Graz) sowie **Kosten für Familienheimfahrten** (nach Wien) steuerlich als **Werbungskosten** geltend machen. Seitens des **Finanzamts** und auch vom **BFG** wurde die **steuerliche Geltendmachung** der Kosten **verwehrt** – auch mit dem Hinweis darauf, dass sie nach der Eheschließung 2012 ihren Familienwohnsitz in Wien begründet habe und die **Wohnsitzverlegung** deshalb **privat veranlasst** gewesen sei. Nach dem BFG war also **bereits** im Jahr **2012 keine anzuerkennende doppelte Haushaltsführung vorgelegen**.

Bei seiner Entscheidungsfindung betonte der VwGH, dass eine allfällige **Unzumutbarkeit** der **Wohnsitzverlegung** als Grundlage für die Geltendmachung von Kosten für doppelte Haushaltsführung aus der Sicht des **jeweiligen Steuerjahres** zu **beurteilen** ist – die **Unzumutbarkeit** der Wohnsitzverlegung könne sich **aus privaten oder beruflichen Umständen** ergeben. Im Jahr **2012** übten sowohl die Steuerpflichtige als auch ihr Ehemann eine **Erwerbstätigkeit** aus (in Graz bzw. in Wien). Aufgrund der Entfernung zwischen den Wohnsitzen ist eine **tägliche Rückkehr unzumutbar** – überdies ist es naheliegend, dass in einem solchen Fall **einer der beiden Ehepartner** seinen bisher als Familienwohnsitz geeigneten **Wohnsitz** am Beschäftigungsort **beibehalten** wird. Im **konkreten Fall** war die **Beibehaltung des Wohnsitzes** am Beschäftigungsort (durch die Steuerpflichtige) jedoch **beruflich** veranlasst. Dem VwGH folgend können die **Kosten für doppelte Haushaltsführung sowie für Familienheimfahrten** als **Werbungskosten steuerlich abgesetzt** werden.

Im vorliegenden Fall erfolgte im Jahr 2012 die **Verlegung des Wohnsitzes nach Wien** durch die erstmalige Begründung eines Familienwohnsitzes **aus privaten Gründen**, allerdings **gleichzeitig** mit der **beruflich veranlassten** Beibehaltung des Wohnsitzes am Beschäftigungsort (in Graz). Eine **andere Schlussfolgerung** würde zu dem grotesken Ergebnis führen, dass Steuerpflichtige, die nach der Eheschließung einen gemeinsamen Familienwohnsitz am bisherigen Hauptwohnsitz eines der Partner erst dann begründen, wenn **schon beide berufstätig sind**, und beide bis zu diesem Zeitpunkt in weit voneinander entfernten Orten ihren Wohnsitz am Beschäftigungsort hatten, **niemals Aufwendungen für doppelte Haushaltsführung und Familienheimfahrten geltend machen könnten**. Dies

deshalb, weil **immer** aus der jeweiligen Sicht des einen Steuerpflichtigen die Begründung des Familienwohnsitzes in Entfernung zum Beschäftigungsort als **privat veranlasst** anzusehen wäre.

Für die strittigen Jahre **2020 und 2021** wird dem VwGH folgend für die steuerliche Beurteilung maßgeblich sein, ob nach der **Pensionierung des Ehemanns** (im Jahr 2018) noch eine **Unzumutbarkeit der Verlegung des Familienwohnsitzes nach Graz** vorlag oder ob die Beibehaltung des Familienwohnsitzes in der privaten Lebensführung der Ehepartner begründet war. Der **Rechtsprechung** folgend muss beachtet werden, dass die Zumutbarkeit einer Wohnsitzverlegung zum Berufsort etwa ab dem 60. Lebensjahr (also, wenn der Arbeitnehmer nur noch fünf Jahre bis zur Pensionierung berufstätig sein wird) regelmäßig nicht mehr gegeben sein wird.

In der zweiten Entscheidung hatte sich das **BFG** (GZ RV/7101980/2023 vom 20.2.2024) mit der **steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kosten der doppelten Haushaltsführung** auseinanderzusetzen. Bezugnehmend auf das Jahr 2020 – also vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine – beantragte eine Arbeitnehmerin eines ukrainischen Arbeitgebers, welche seit Ende Februar 2020 einen (weiteren) **Wohnsitz in Österreich** begründet hatte und ein lokales Dienstverhältnis in Österreich eingegangen war, die **steuerliche Geltendmachung der Kosten für die Wohnung in Österreich** im Rahmen der doppelten Haushaltsführung (als **Werbungskosten**).

Neben der Wohnung in Wien, in welcher die Steuerpflichtige mit Ehegatten und Kind ihren Wohnsitz begründete, **behält** sie auch ihren **Wohnsitz in der Ukraine** bei und trug die daraus resultierenden Kosten. Für die steuerliche Geltendmachung der Kosten für die Wohnung in Österreich wurde ausgeführt, dass sie vom **Arbeitgeber nach Österreich versetzt** worden sei und der Arbeitgeber sie jederzeit wieder versetzen könnte. Demnach sei die **Begründung eines beruflich bedingten Wohnsitzes in Österreich eindeutig notwendig** und der **Familienwohnsitz verbleibe** in der **Ukraine**, wodurch wiederum die Kosten für die doppelte Haushaltsführung steuerlich relevant sind.

Von einer (steuerlich beachtlichen) **doppelten Haushaltsführung** ist auszugehen, wenn **aus beruflichen Gründen zwei Wohnsitze** geführt werden, und zwar am **Familienwohnoort** und am **Beschäftigungsort** (Berufswohnsitz). Es liegen dann **Werbungskosten** vor, wenn **Mehraufwendungen** erwachsen, weil am **Beschäftigungsort gewohnt werden muss** und die **Verlegung des (Familien-) Wohnsitzes** in eine übliche Entfernung zum Ort der Erwerbstätigkeit **nicht zugemutet** werden kann. Dies wäre, dem BFG folgend, bei einem **Wohnort** in der **Ukraine zweifelsfrei gegeben**, da eine tägliche Rückkehr vom Tätigkeitsort zum Wohnort nicht möglich ist. Auf den vorliegenden Fall bezogen gilt als **Familienwohnsitz** jener Ort, an dem eine verheiratete Steuerpflichtige mit ihrem **Ehegatten** (mit oder ohne Kind) einen gemeinsamen Hausstand unterhält, der den **Mittelpunkt der Lebensinteressen** dieser Personen bildet.

Das **BFG** erläuterte in seiner Entscheidungsfindung, dass der **Wohnsitz in Wien** als **Familienwohnsitz** zu bezeichnen ist, da die Steuerpflichtige seit März 2020 **mit ihrem Ehegatten und Sohn in Wien wohnt** und an diesem Ort auch der **Mittelpunkt der Lebensinteressen liegt**. Allerdings können **Aufwendungen für die doppelte Haushaltsführung** immer nur so lange **vorliegen, bis** der **Familienwohnsitz** an den **Beschäftigungsort verlegt** wurde. Da die **Familie** der Steuerpflichtigen an den Beschäftigungsort (Wien) **mitübersiedelt** ist und auch die (Miet-)Wohnung in Wien für einen Dreipersonenhaushalt unbestritten geeignet ist, ist die **Verlegung des Familienwohnsitzes** keinesfalls unzumutbar und ist de facto bereits **durchgeführt** worden.

Im Endeffekt **verneinte** das **BFG** daher die **steuerliche Abzugsfähigkeit** der **Kosten** für die **Wohnung in Wien** (bei gleichzeitiger Beibehaltung der Wohnung im Ausland) als Kosten der doppelten Haushaltsführung. Die Kosten können also dann nicht als Werbungskosten berücksichtigt werden, wenn die Familie ihren Wohnsitz an den Beschäftigungsort verlegt hat. **VwGH-Judikatur** folgend wäre im vorliegenden Fall von **keiner Verlegung des Familienwohnsitzes**, welche eine steuerliche Geltendmachung der Kosten als Werbungskosten nach sich ziehen könnte, **nur dann** auszugehen, wenn von vornherein mit Gewissheit anzunehmen ist, dass die **auswärtige Tätigkeit mit vier bis fünf Jahren befristet** ist. Angesichts des unbefristeten Dienstvertrages mit der österreichischen Firma kann nicht von einer von vornherein befristeten Beschäftigung ausgegangen werden. Mit der vagen Möglichkeit einer Versetzung in ein anderes Land bzw. einer Übersiedlung zurück in die Ukraine oder in ein anderes Land kann dem BFG folgend nicht argumentiert werden, dass der Familienwohnsitz in der Ukraine geblieben ist.

4.2 Arbeiten im Homeoffice wird zur Telearbeit

Durch die COVID-19-Pandemie ist das **Arbeiten im Homeoffice** zur Notwendigkeit geworden und hat seitdem in vielen (vor allem dienstleistenden) Berufen **nicht an Attraktivität verloren**. Während diesbezüglich bereits in der Vergangenheit **besondere** (steuerliche) **Regelungen** bestanden (Stichwort **Homeoffice-Pauschale** oder Werbungskosten für die Anschaffung von ergonomisch geeignetem Mobiliar), kommt es **ab 1.1.2025** zu weiteren **Änderungen**.

Durch das unlängst beschlossene **Telearbeitsgesetz** kommt es zur **Ausweitung** der bestehenden Regelungen zum **Homeoffice** auf den **umfassenderen Begriff der Telearbeit**. Dabei wird der **räumliche Anwendungsbereich** des Homeoffice i.S.d. eigenen Wohnräumlichkeiten des Arbeitnehmers **ausgedehnt** auf die Räumlichkeiten eines nahen Angehörigen (bzw. Lebenspartners) aber **auch** auf (Internet-)Cafés oder **Co-Working-Spaces**. Ebenso ist zukünftig Homeoffice bzw. Telearbeit **im Park** oder **an Ferienorten** möglich, wodurch der gewünschten bzw. gelebten **Flexibilität** in der **Wahl des Arbeitsortes** Rechnung getragen wird.

Wie schon bisher ist es für das generelle Vorliegen von Homeoffice bzw. Telearbeit (i.S.d. AVRAG) notwendig, dass **Telearbeit regelmäßig erbracht** wird. Erfolgt die Arbeitsleistung nur ausnahmsweise bzw. lediglich im Anlassfall außerhalb des Unternehmens, liegt keine Telearbeit vor. Der erweiterte Anwendungsbereich gilt für ab 1.1.2025 abgeschlossene Vereinbarungen – bestehende Homeoffice-Vereinbarungen bleiben unberührt (sie können jedoch um weitere Arbeitsorte ergänzt werden). Zwei für die Praxis besonders relevante Aspekte werden nachfolgend umfassender erläutert.



Gesetzliche Unfallversicherung – Unterscheidung beim Wegunfall

Im Gegensatz zum **Telearbeitsplatz** selbst, bei dem – genauso wie im Homeoffice – **stets Unfallversicherungsschutz** gegeben ist, ist zukünftig bei **Wegunfällen** zwischen „**Örtlichkeiten von Telearbeit im engeren Sinn**“ und „**Örtlichkeiten von Telearbeit im weiteren Sinn**“ zu unterscheiden. Das ist bedeutsam, da **Unfallversicherungsschutz** nur bei **Wegunfällen** am Weg von und zu Örtlichkeiten von **Telearbeit im engeren Sinn** besteht.

Wird die **Telearbeit** in Wohnungen bzw. Räumlichkeiten von **nahen Angehörigen** bzw. in so genannten „**Co-Working-Spaces**“ durchgeführt, so handelt es sich dabei um Örtlichkeiten von **Telearbeit im engeren Sinn**, **sofern** sie sich in der **Nähe zur Wohnung** des Versicherten oder seiner eigentlichen **Arbeitsstätte** (sofern nicht „remote“ gearbeitet wird) befinden. **Alternativ** sind die Voraussetzungen auch dann erfüllt, wenn die **Entfernung** von der eigenen Wohnung zur Wohnung des Angehörigen/ Lebenspartners (das Telearbeitsgesetz sieht eine abschließende Definition von Angehörigen vor) bzw. zum Co-Working-Space dem **sonst üblichen Arbeitsweg entspricht**. Überdies besteht auch bei **Arbeiten** wie bisher **im Homeoffice** (am Haupt- oder Nebenwohnsitz des Arbeitnehmers) **Telearbeit im engeren Sinn**. Hingegen handelt es sich um **Telearbeit im weiteren Sinn**, wenn an **allen übrigen, selbst gewählten Örtlichkeiten gearbeitet** wird und diese **nicht** als **Telearbeit im engeren Sinn** gelten. Diese Differenzierung kann zukünftig dazu führen, dass z.B. das Arbeiten in einem Café zwar selbst vom Unfallversicherungsschutz umfasst ist, jedoch nicht der Weg dorthin bzw. von dort zurück.

Erhöhte Anforderungen an die Geltendmachung steuerlicher Begünstigungen

Bereits seit 2022 ist es möglich, **Werbungskosten bis zu 300 €** für die **Anschaffung von ergonomisch geeignetem Mobiliar** geltend zu machen, wenn jährlich an **mindestens 26 Tagen** die Tätigkeit **ausschließlich** im Homeoffice (zukünftig im Rahmen der Telearbeit) ausgeübt wird. Weitere Voraussetzung ist, dass keine Ausgaben für ein Arbeitszimmer steuerlich berücksichtigt werden. Außerdem kann für **maximal 100 ausschließliche Homeoffice-Tage** vom **Arbeitgeber** ein lohnsteuer-, sozialversicherungsbeitrags- und lohnnebenkostenfreies **Homeoffice-Pauschale** ausbezahlt werden (à 3 € pro Tag ergeben **maximal 300 € pro Jahr**). Gewährt der Arbeitgeber kein solches Pauschale oder nur einen geringeren Betrag, können **Differenzwerbungskosten** vom Arbeitnehmer geltend gemacht werden.

Neben **begrifflichen Änderungen** ist zu beachten, dass trotz der räumlichen Ausdehnung durch den Begriff der Telearbeit die Werbungskosten für **Investitionen in ergonomisch geeignetes Mobiliar** nur bei **Anschaffungen** für die **eigene Wohnung** in Anspruch genommen werden können. **Erhöhte Anforderungen** bestehen **zukünftig** darin, dass **beide** steuerlichen **Begünstigungen** **nur dann zustehen**, wenn die **Telearbeitstage samt ausbezahltem Pauschale durch den Arbeitgeber am Lohnzettel bzw. in der Lohnbescheinigung ausgewiesen** sind. **Bisher** war es bei fehlendem Ausweis am Lohnzettel für Arbeitnehmer möglich gewesen – basierend auf einem BFG-Judikat – **alternative Nachweise** für die geleisteten Telearbeitstage (Homeoffice-Tage) im Rahmen der Arbeitnehmer-Veranlagung zu **erbringen**. Ab dem Kalenderjahr 2025 ist dies **nicht mehr möglich**.

4.3 OGH stellt strenge Kriterien an die Verjährung von Urlaubsansprüchen

Das Thema **Urlaub und Urlaubsanspruch** usw. sorgt nicht selten für Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ein nicht alltägliches Thema stellt die **Verjährung von Urlaubsansprüchen** dar, da regelmäßiger Urlaubsverbrauch und damit verbundener Erholungseffekt für den Arbeitnehmer in beiderlei Interesse stehen sollten. Beim Thema Verjährung ist es durch eine **OGH-Entscheidung** (GZ 8 ObA 23/23 z vom 27. Juni 2023), die auf einer **EuGH-Entscheidung** beruht, zu einer Verbesserung für Arbeitnehmer gekommen. Ausgangspunkt für den OGH war ein als Wildhüter und später als Gutsverwalter Angestellter, der in dem Zeitraum **zwischen 2003 und 2020 insgesamt nur 121 Urlaubstage** verbraucht hatte (das Maximum waren 17 Tage im Jahr 2013). Das geringe Ausmaß an konsumiertem Urlaub wurde auch damit begründet, dass der Angestellte als einziger über die notwendige Ausbildung und Erfahrung für die umfangreiche Zucht, Haltung und Jagd von Niederwild verfügte.

Der OGH-Entscheidung folgend **verjährt** der **unionsrechtlich gesicherte Urlaubsanspruch** nur dann, wenn der **Arbeitgeber** den Arbeitnehmer **zum Konsum des Urlaubs aufgefordert** hat und auf die **Verjährung des Urlaubsanspruchs hingewiesen** hat. Kommt der Arbeitgeber diesen **Aufforderungs- und Hinweispflichten nicht nach**, so **verjährt der Urlaub nicht** und kann während des aufrechten Arbeitsverhältnisses in natura **konsumiert** werden. Die Verjährung tritt nicht dann schon ein, wenn der Urlaubsverbrauch tatsächlich möglich gewesen wäre bzw. dem Arbeitnehmer auf Anfrage Urlaub gewährt worden wäre, jedoch im Endeffekt kein Urlaub verbraucht wurde. **Endet das Arbeitsverhältnis**, so muss der **nicht verjährte Urlaub** im Rahmen der **Urlaubersatzleistung berücksichtigt** werden. Für den EuGH spielt der **Schutz des Arbeitnehmers** als schwächere Partei des Arbeitsvertrags eine wichtige Rolle. Es müsse nämlich verhindert werden, dass der Arbeitnehmer sein Recht auf Urlaub nicht einfordert, weil sich dies nachteilig auf das Arbeitsverhältnis auswirken könnte.

Der **Urlaubsanspruch** beträgt in **Österreich** grundsätzlich **fünf Wochen pro Jahr** bzw. nach 25 Dienstjahren sogar sechs Wochen pro Jahr. **Unionsrechtlich** ist ein **Mindesturlaubsanspruch von vier Wochen pro Jahr** vorgesehen. Zur **Verjährung des Urlaubsanspruchs** kommt es in Österreich grundsätzlich **binnen zwei Jahren** ab Ende des Urlaubsjahres, in dem der betroffene Urlaub entstanden ist. Insgesamt haben **Arbeitnehmer** also **drei Jahre Zeit**, um ihren **Urlaub zu verbrauchen**. Die OGH-Entscheidung bringt nunmehr für Arbeitgeber eine Verpflichtung, die sich aus dem Urlaubsgesetz nicht ableitet. So ist zwar der Urlaubsverbrauch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren. Das **Urlaubsgesetz** sieht jedoch **keine Informationspflichten** oder Aufforderungspflichten hinsichtlich der Verjährung (offener) Urlaubsansprüche gegenüber Arbeitnehmern vor.

Zu beachten ist schließlich, dass sich das „**Aussetzen der Verjährung**“ durch die OGH-Entscheidung nur auf **offene Urlaubsansprüche** in Höhe von **vier Wochen pro Urlaubsjahr** – nämlich im Ausmaß des unionsrechtlichen Urlaubsanspruchs – bezieht. Die Hinweis- bzw. Aufforderungspflichten beziehen sich somit **nicht** auf die fünfte bzw. sechste Urlaubswoche. Aus **Arbeitgebersicht** ist es **empfehlenswert**, Maßnahmen, mit denen der Aufforderungs- bzw. Hinweispflicht nachgekommen wird, entsprechend im **Personalakt zu dokumentieren**.



5 Fokus Immobilien

5.1 Hauptwohnsitzbefreiung – es bleibt bei der Begrenzung von 1.000 m²



Veräußerungen von **Eigenheimen** und Eigentumswohnungen samt Grund und Boden fallen nicht unter die Steuerpflicht (Immobiliensteuer), wenn sie dem **Verkäufer durchgehend** ab der Anschaffung oder Herstellung (hier gilt der Zeitpunkt der Fertigstellung) und für **mindestens 2 Jahre** (1. Tatbestand) oder für **mindestens 5 Jahre** innerhalb der letzten 10 Jahre vor der Veräußerung (2. Tatbestand) als **Hauptwohnsitz** gedient haben und jeweils der **Hauptwohnsitz aufgegeben** wurde.

Es hat bereits der jahrelangen Praxis der Finanzverwaltung entsprochen, dass ein **steuerfreier Verkauf** der **Hauptwohnsitzimmobilie** nur bis maximal 1.000 m² des mitumfassten Grund und Bodens reicht. Grundstücksflächen bis 1.000 m² werden somit als von der **Besteuerung befreit** angesehen, der **darüberhinausgehende Anteil ist steuerpflichtig**. Die Begrenzung auf 1.000 m² ergibt sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz, sondern hat die Finanzverwaltung in den **Einkommensteuerrichtlinien** (Rz 6634) festgelegt und stellt wohl eine Art „Luxustangente“ für Grundstücke dar.

In einer Entscheidung hat der **Verwaltungsgerichtshof** (VwGH GZ Ro 2022/15/0020 vom 24.4.2024) die bereits bestehende Rechtsprechung präzisiert und die konkrete **Begrenzung auf 1.000 m² bestätigt**. Im Anlassfall ging es um die Frage, ob die üblicherweise erforderliche Größe eines Bauplatzes im Rahmen einer typisierenden Betrachtung festzulegen ist oder die Verhältnisse vor Ort zu berücksichtigen sind. Nach der Entscheidung des VwGH ist somit eine **typisierende Betrachtung vorzunehmen**, da ein **Bauplatz von 1.000 m² in der Regel als ausreichend** anzusehen ist. Im Gegenzug dazu sind die **Lage** und die **Bebauung** des konkreten Grundstücks **nicht relevant**. Es kann somit nicht argumentiert werden, dass ein Bauplatz am Land in der Regel größer ist als in der Stadt.

In diesem Zusammenhang ist durchaus **kritisch** anzuführen, dass diese typisierende Betrachtungsweise auch zu **Widersprüchen** führen kann. Ein größeres Grundstück im ländlichen Raum kann deshalb teilweise steuerverfänglich sein, während ein deutlich **wertvolleres**, aber kleineres **Grundstück** in **städtischer Lage** unter Umständen steuerfrei veräußert werden kann. Insgesamt sorgt die Entscheidung des VwGH für mehr Klarheit, auch wenn **weiterhin keine gesetzliche Grundlage** für die spezifische Begrenzung besteht.

Wie bereits in einer früheren VwGH-Entscheidung ausgeführt, ist die Begrenzung der Hauptwohnsitzbefreiung auf eine Grundstücksfläche von 1.000 m² **rechnerisch** typischerweise mittels **Sachwertmethode** zu lösen. Demnach ist der (Verkaufs)Preis einer bebauten Liegenschaft **im Verhältnis** des **Verkehrswertes des Grund und Bodens** einerseits und des **Verkehrswertes des Gebäudes** andererseits zu schätzen und entsprechend aufzuteilen.

5.2 Änderung der Liebhabereiverordnung – längere Betrachtungszeiträume

Tätigkeiten, die mittel- bis langfristig **keinen Gewinn bzw. Gesamtüberschuss** erwarten lassen, fallen unter den Begriff „**Liebhaberei**“ und sind für die **Einkommensteuer unbeachtlich**. Daraus entstehende Verluste dürfen nicht mit anderen Einkünften ausgeglichen werden. Eine große Rolle spielt die Liebhaberei im Bereich der **Vermietung und Verpachtung**, bei welcher typischerweise in den ersten Jahren regelmäßig Verluste auftreten.

Gestiegene Grundstückspreise und **Baukosten** sowie die rasant angestiegenen **Zinsen** haben in den letzten Jahren aber auch die **Gesamtüberschusserwartungen bei Vermietungen unter Druck** kommen lassen. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, wurde eine **Anpassung der Zeiträume**, innerhalb derer ein **Gesamtüberschuss** der Einnahmen über die Werbungskosten **erzielt werden muss**, erforderlich. Mit dieser Maßnahme soll verhindert werden, dass Vermietungen nur **aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr als steuerliche Einkunftsquelle** anerkannt werden. Mit der **Änderung der Liebhabereiverordnung** gilt nunmehr folgendes:

Der **Betrachtungszeitraum** wird sowohl bei der **entgeltlichen Gebäudeüberlassung** („große Vermietung“) als auch bei der **Vermietung von Eigenheimen, Eigentumswohnungen** und Mietwohngrundstücken mit qualifizierten Nutzungsrechten („kleine Vermietung“) um **jeweils fünf Jahre verlängert**. Bei der „**großen Vermietung**“ gilt als **absehbarer Zeitraum** nunmehr ein Zeitraum von **30 Jahren** (bisher 25 Jahre) ab Beginn der entgeltlichen Überlassung bzw. **maximal 33 Jahren** (bisher 28 Jahre) ab dem erstmaligen Anfallen von Aufwendungen (Ausgaben). Dies gilt für Gebäudeüberlassungen, bei denen der absehbare Zeitraum **nach dem 31. Dezember 2023** beginnt. Bei der Bewirtschaftung von Eigenheimen, Eigentumswohnungen und Mietwohngrundstücken mit qualifizierten Nutzungsrechten („**kleine Vermietung**“) gelten als absehbarer Zeitraum **25 Jahre** (bisher 20 Jahre) ab Beginn der entgeltlichen Überlassung bzw. **maximal 28 Jahre** (bisher 23 Jahre) ab dem erstmaligen Anfallen von Aufwendungen (Ausgaben). Dies ist auf Betätigungen anzuwenden, bei denen der absehbare Zeitraum nach dem **31. Dezember 2023** beginnt.

Bei der **Ermittlung des Gesamtüberschusses** war es nach Ansicht der Finanzverwaltung im außerbetrieblichen Bereich bei der **kleinen und großen Vermietung bislang unzulässig, Veräußerungsgewinne** miteinzubeziehen. Nun ist in § 3 Abs. 1 Liebhabereiverordnung der **letzte Satz** („Wertänderungen von Grund und Boden, der zum Anlagevermögen gehört, sind nur bei der Gewinnermittlung nach § 5 EStG 1988 anzusetzen.“) **gestrichen** worden. Nichts geändert daran hat sich, dass der **erwartete Gesamtüberschuss** anhand einer nachvollziehbaren **Prognoserechnung** nachzuweisen ist.

5.3 VwGH zur Liebhaberei bei vorzeitiger Einstellung der Vermietung

Der **VwGH** (GZ Ra 2023/13/0051 vom 14.12.2023) hatte sich mit folgendem Sachverhalt zu beschäftigen: Ein Steuerpflichtiger hatte zwei Büros und vier Wohnungen saniert und vermietet. Er erklärte in den Steuererklärungen der **ersten vier Jahre Verluste** und **stellte** dann die **Vermietung ein**, weil er die **Objekte an seinen Bruder übergab**. Das **Finanzamt** stufte die Vermietung als **Liebhaberei** ein.

Dagegen erhob der Abgabepflichtige Beschwerde und führte an, dass die **Übergabe** an den **Bruder nicht von vornherein geplant** war und außerdem die fortgesetzte Vermietung im Jahr 13 beim Bruder in Summe einen **Gesamtüberschuss** ergeben habe.

Für die Beurteilung der **Ertragsfähigkeit** einer Gebäudevermietung ist eine **Prognoserechnung** anzustellen. Bei der Beurteilung ist auf die konkrete Art der Bewirtschaftung und bei der Erstellung der Prognose auf die tatsächlichen Umstände, die sich in einem **Beobachtungszeitraum** eingestellt haben, Bedacht zu nehmen. Es steht der **Ertragsfähigkeit** einer Vermietungsbetätigung **nicht entgegen**, wenn die **Liegenschaft vor** der tatsächlichen **Erzielung** eines **gesamtpositiven Ergebnisses übertragen** wird bzw. die **Vermietung eingestellt** wird. Für den Fall, dass der **kurze Zeitraum der Vermietung von vornherein geplant** war, liegt **Liebhaberei** vor, wenn die Vermietung innerhalb dieses Zeitraums kein positives Gesamtergebnis erwirtschaften kann. War hingegen die **Vermietung unbefristet geplant**, kommt es lediglich darauf an, ob die **Prognoserechnung** innerhalb des **Gesamtplanungszeitraums** ein **positives Ergebnis erzielt**. Die **Beweislast** für das Vorliegen einer unbefristeten Vermietung von Beginn an trägt der **Vermieter**. Gegebenenfalls muss also der **Nachweis erbracht** werden, dass die **Vermietung nicht von vornherein auf einen begrenzten Zeitraum geplant gewesen** ist, sondern sich die **Beendigung** erst **nachträglich**, insbesondere durch den Eintritt konkreter Unwägbarkeiten, **ergeben** hat.

Ob im Zusammenhang mit einer Vermietung anhand der Prognoserechnung letztlich von einer Einkunftsquelle auszugehen ist, ist aber **nicht** im Rahmen einer reinen **ex-ante Betrachtung** zu **beurteilen**. Denn die Prognoserechnung kann insbesondere mittels eines Beobachtungszeitraums von etwa 5 bis 8 Jahren auf Übereinstimmung mit der Realität überprüft werden. Im konkreten Fall wurde vom Abgabepflichtigen **glaubhaft dargestellt**, dass die **Übergabe an den Bruder nicht von vornherein geplant** war. Zudem wirkten sich die im Beobachtungszeitraum **gesunkenen** tatsächlichen **Zinsaufwendungen positiv** auf die **Prognoserechnung** aus, sodass bereits ab einem **viel früheren** Jahr der Betätigung als von der Liebhabereiverordnung gefordert, ein **Gesamtüberschuss** der Einnahmen über die Werbungskosten eingetreten wäre. Darauf, dass die **Beendigung der Vermietungstätigkeit** ohne Zweifel aus rein **persönlichen Motiven** erfolgt ist, kommt es nicht an.

5.4 Absetzbarkeit von Fremdkapitalzinsen bei Vermietung, wenn der Kredit von einem Familienangehörigen aufgenommen worden ist

Das **Bundesfinanzgericht** (BFG) hatte sich mit der Frage auseinanderzusetzen (GZ RV/7102072/2017 vom 15.3.2024), ob im Zusammenhang mit dem **kreditfinanzierten Kauf** einer anschließend **vermieteten Immobilie** anfallende **Fremdfinanzierungskosten** auch dann **abzugsfähig** sind, wenn der jeweilige **Kredit von Dritten** (Familienangehörigen) **aufgenommen** wurde.

Ein Steuerpflichtiger hatte eine Immobilie für Zwecke der Vermietung erworben. Da er **selbst** über **keine ausreichende Kreditwürdigkeit** verfügte, nahmen seine **Ehegattin** und seine **Schwiegertochter Kredite** auf, die sie an den **Steuerpflichtigen weiterreichten**. Dieser **verpflichtete sich**, die **Rückzahlung** der Kredite und Zinsen **allein zu übernehmen**, wobei als Sicherheit ein **Pfandrecht** bestellt und die Mietzahlungen an die Bank abgetreten wurden. Die **Rückzahlung erfolgte** aus-

schließlich aus den **laufenden Mietzahlungen**. Seitens des Finanzamtes wurde die **steuerliche Absetzbarkeit der Zinsen verweigert**, da der Steuerpflichtige **nicht der alleinige Kreditnehmer** war und die Rückzahlungen von einem gemeinsamen Konto erfolgten (Einstufung als **steuerlich nicht abzugsfähiger Drittaufwand**).

Das **BFG** kam – wirtschaftlich vollkommen nachvollziehbar – zu dem **Ergebnis**, dass es für die **Abzugsfähigkeit** von Fremdfinanzierungskosten als **Werbungskosten nicht darauf ankommt, wer den Kredit aufgenommen hat**. Vielmehr ist darauf abzustellen, ob die **Kreditmittel** auch tatsächlich ausschließlich zur **Finanzierung der Einkunftsquelle verwendet** werden und die **Rückzahlung des Kredites** zur Gänze **aus eigenen Mitteln des Steuerpflichtigen** erfolgt. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass die **Abzugsfähigkeit** dann zu **bejahen** ist, wenn der **Eigentümer** der Liegenschaft (Einkunftsquelle) auch tatsächlich in seiner **Leistungsfähigkeit** durch mit seiner Einkunftsquelle in Zusammenhang stehende Zahlungen **eingeschränkt** wird.

Bei seiner Entscheidungsfindung stützte sich das BFG vor allem auf die **Rechtsprechung** des (deutschen) **BFH**. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass trotz des Fehlens einer konkreten Rechtsprechung des VwGH keine ordentliche Revision zugelassen wurde.

5.5 Erhaltungsaufwand nach Mieterauszug ist steuerlich nicht absetzbar

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7104281/2018 vom 27.11.2023) mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem eine **Wohnung über rund 20 Jahre für Wohnzwecke vermietet** wurde und entsprechend Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielt wurden. Nach Auszug des letzten Mieters (Ende August 2015) – die **Wohnung** war aufgrund der langen Dauer der Vermietung **sanierungsbedürftig** – wurden gegen Ende des Jahres in der Wohnung einige **Sanierungsarbeiten** durchgeführt (Austausch der Badezimmersauna, Erneuerung der Sanitär- und Elektroinstallationen, Ausmalen wie auch Sanierung der Fliesen). Der Wohnungseigentümer wollte die damit angefallenen **Kosten** von rund 50.000 € als **Erhaltungsaufwand** und somit als **Werbungskosten steuerlich absetzen** und auch den **Vorsteuerabzug** geltend machen. Bedeutsam im vorliegenden Fall war, dass der Wohnungseigentümer **nach der Sanierung** die Wohnung an seinen **Sohn im Schenkungswege weitergab** und dieser die Wohnung in Folge **für private Wohnzwecke nutzte**. Die Eigentumsübertragung an den Sohn in Form der **Schenkung** spontan und kurz vor Jahresende 2015 sei dadurch motiviert gewesen, **steuerlich günstiger** dazustehen, als dies nach Änderung der **Gesetzeslage** im Bereich der **Grunderwerbsteuer** möglich gewesen wäre.



Das BFG setzte sich im Rahmen der Entscheidungsfindung ausführlich mit der **zeitlichen Abfolge der Vermietungstätigkeit** inklusive Beendigung, der **Renovierung** der Wohnung und der **Schenkung** der Wohnung auseinander. So wurde das Mietverhältnis durch den Mieter mit 31. August 2015 gekündigt – die Sanierungsarbeiten erfolgten schwerpunktmäßig im November und Dezember 2015.

Mit **Schenkungsvertrag** vom **17.12.2015** wurde die Wohnung an den Sohn übergeben, wobei der Vater sich kein Fruchtgenussrecht hatte einräumen lassen. Im Mai 2016 schließlich zog der Sohn in die neu renovierte Wohnung ein und meldete mit 29. Dezember 2016 seinen Hauptwohnsitz in dieser Wohnung.

Der **ehemalige Wohnungseigentümer** argumentierte für die **Geltendmachung** als **Werbungskosten** (bzw. als Vorsteuer) damit, dass die getätigten **Werbungskosten kausal** mit den vereinnahmten (**ehemaligen**) **Mieteinkünften zusammenhängen**. Darüber hinaus war er im Zeitpunkt der Entscheidung zur Sanierung davon **ausgegangen**, dass die **Vermietungstätigkeit fortgeführt** werden würde. Das **Finanzamt** war hingegen der Ansicht, dass die im Zuge der **Renovierung angefallenen Kosten ausschließlich mit der Schenkung der Wohnung** an den Sohn **zusammenhängen** und somit **aus privaten Gründen** erfolgten. Die privaten Gründe führen dazu, dass die **Kosten zur Gänze nicht Einkünfte mindernd absetzbar** sind und auch **kein Vorsteuerabzug** geltend gemacht werden kann. Überdies seien vom ehemaligen Wohnungseigentümer **keine ernsthaften Absichten** hinsichtlich einer **späteren Vermietung ersichtlich** gewesen.

Das BFG betonte – auch mit Hinweis auf **VwGH-Judikatur** – dass bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung der **Werbungskostenbegriff weit zu fassen** ist und **Aufwendungen** auch dann **Werbungskosten** sein können, wenn ihnen **gerade keine Einnahmen gegenüberstehen**. **Wichtige Voraussetzung** dafür ist allerdings, dass **ernsthafte Absichten zur späteren Erzielung positiver Einkünfte** als **klar erwiesen** angesehen werden können. Der **Entschluss** des Steuerpflichtigen muss klar und **eindeutig nach außen hin in Erscheinung treten** – eine bloß behauptete, nicht nach außen getretene Vermietungsabsicht reicht hingegen nicht aus. Wird während der **Unterbrechung** einer **Einnahmenerzielung** der **Entschluss** gefasst, das Wohnobjekt **nicht** weiter zur Einnahmenerzielung zu verwenden, sondern z.B. zur Befriedigung des eigenen Wohnbedürfnisses zu nutzen, so sind **ab diesem Zeitpunkt die Aufwendungen** für das Objekt **keine Werbungskosten** mehr. Aufwendungen, welche die Zeit nach der Einstellung der Vermietungstätigkeit betreffen, können auch keine nachträglichen Werbungskosten darstellen.

Im Endeffekt **verneinte das BFG** den **Werbungskostenabzug** für die **Renovierungsarbeiten**, da die **behauptete Vermietungsabsicht nicht ausreicht**, wenn sie nicht entsprechend nach außen gerichtet ist – es **fehlte** nach Beendigung des letzten Mietverhältnisses an dem **eindeutig erkennbaren** und nach außen tretenden **Entschluss zur Fortführung der Vermietung** der Wohnung. So ist nicht nachvollziehbar, wieso weder nach Kündigung durch den Mieter noch während der Sanierung des Mietobjekts ein Immobilienmakler beauftragt wurde, um für die renovierte Wohnung einen (weiteren) **Mieter zu finden**. Ebenso wenig wurden Inserate in Print- oder Onlinemedien geschaltet. Überdies **bezweifelte das BFG** den **spontanen Entschluss zur Schenkung** an den Sohn aufgrund grunderwerbsteuerlicher Überlegungen. Da der Schenkungsvertrag mit 17. Dezember 2015 datiert ist, mussten jedenfalls schon davor entsprechende Überlegungen angestellt worden sein, gerade da es zum Jahreswechsel 2015 hin einen großen Andrang bzgl. Liegenschaftsübertragungen gegeben hat und es bei einer spontanen Aktion nicht zweifelsfrei hätte gewährleistet werden können, dass die **Liegenschaftsübergabe** durch Notare bzw. Rechtsanwälte noch **rechtzeitig vor Jahresende** erfolgt. Schließlich wurde noch der **Vorsteuerabzug versagt**, da nach Beendigung des letzten Mietverhältnisses keine unternehmerische Tätigkeit mehr vorlag und die geltend gemachten Aufwendungen somit nicht für das Unternehmen ausgeführt worden sind.

6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze

6.1 Sozialversicherungswerte 2025

Unter Berücksichtigung der Aufwertungsanzahl von **1,063** betragen die Sozialversicherungswerte für 2025 **voraussichtlich** (in €):



	2025	2024
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	551,10	518,44
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	826,65	777,66
Höchstbeitragsgrundlage täglich	215,00	202,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	6.450,00	6.060,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	12.900,00	12.120,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	7.525,00	7.070,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

6.2 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz

Der **Basiszinssatz** (zuletzt 3,03 %) dient bekanntermaßen als mehrfacher Referenzzinssatz. Bei den **Stundungszinsen** ist zu beachten, dass die Stundungszinsen gem. § 212 Abs. 2 BAO **seit 1. Juli 2024 4,5 % über** dem jeweils geltenden **Basiszinssatz** liegen. Die entsprechenden aktuellen **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Sofern die genannten Zinsen einen Betrag von **50 €** nicht erreichen, werden sie **nicht** festgesetzt.

Seit 18.9.2024	
Stundungszinsen	7,53 %
Aussetzungszinsen	5,03 %
Anspruchszinsen	5,03 %
Beschwerdezinsen	5,03 %
Umsatzsteuerzinsen	5,03 %



6.3 Größenklassen für Kapitalgesellschaften

Die Einteilung in die jeweilige **Größenklasse** für **Kapitalgesellschaften** (Kleinstkapitalgesellschaft (Micro), Kleine, Mittelgroße und Große Kapitalgesellschaft laut **UGB**) hängt von den Kriterien **Bilanzsumme**, **Umsatzerlöse** und **durchschnittliche Arbeitnehmeranzahl** ab. Die Größenklassenkriterien entscheiden darüber, welche Unternehmen **verpflichtet** sind, ihre **Jahresabschlüsse prüfen** zu lassen, welche nur einen **verkürzten Jahresabschluss** beim Firmenbuchgericht offenlegen müssen oder auch darüber, ob es zu einer **verpflichtenden Konzernabschlussprüfung** für große Gruppen kommt. Auch für die **Berichtspflichten** nach der **CSRD** („nicht finanzielle Berichterstattung“) ist die Größenklasse von Relevanz.

Im Zuge eines delegierten Rechtsakts der **EU-Kommission** wurden mit **1. Jänner 2024** die Größenmerkmale **Bilanzsumme** und **Umsatz** um **je 25 % angehoben**. Die Umsetzung ins österreichische UGB hat bis längstens 24.12.2024 durch das BMJ zu erfolgen, wobei durch eine Verordnungsermächtigung auch andere als von der EU-Kommission festgelegte Werte festgesetzt werden können. Die **Erhöhung** der **Schwellenwerte** soll zu **Erleichterungen für österreichische Unternehmen** in Hinblick auf Prüfungs- und Berichtspflichten führen.

Die **Schwellenwerte** für die Einordnung in die verschiedenen Größenklassen sind für das Geschäftsjahr 2024 voraussichtlich wie folgt.

Kapitalgesellschaft	Bilanzsumme (€)	Umsatzerlöse (€)	Arbeitnehmer
Micro	< 450.000 (bisher <350.000)	< 900.000 (bisher <700.000)	10
Klein	bis 6.250.000 (bisher bis 5.000.000)	bis 12.500.000 (bisher bis 10.000.000)	bis 50
Mittelgroß	bis 25.000.000 (bisher bis 20.000.000)	bis 50.000.000 (bisher bis 40.000.000)	bis 250
Groß	> 25.000.000 (bisher > 20.000.000)	> 50.000.000 (bisher >40.000.000)	> 250

Entscheidend für die Zuordnung zu einer Größenklasse ist, dass **zwei der drei Merkmale** an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschritten bzw. nicht mehr überschritten wurden.

Zu beachten ist, dass Aktiengesellschaften, die Mutterunternehmen sind („**Holding-AGs**“) die Schwellenwerte für den Einzelabschluss seit dem Jahr 2016 auf Basis von **konsolidierten oder aggregierten Werten** zu berechnen haben. Bei Um- und Neugründungen treten die Rechtsfolgen der Größenklasse bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um- oder Neugründung ein.

7 Steuertermine 2025

Jänner	Fälligkeiten	15.1. USt für November 2024 Lohnabgaben (L, DB, DZ, ÖGK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2024
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.1. Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht Bis 15.1. Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2024 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	17.2. USt für Dezember 2024 bzw. 4. Quartal Lohnabgaben für Jänner EST-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel 28.2. Pflichtversicherung SVS
	Fristen und Sonstiges	Bis 1.2. Meldepflicht für bestimmte Honorarzahungen 2024 (E18) in Papierform Bis 15.2. Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2024 Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2024 (pro Registrierkasse) 28.2. Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA 28.2. Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten 28.2. Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)
März	Fälligkeiten	17.3. USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	31.3. Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2024 bei Stadtkasse/ Gemeinde
April	Fälligkeiten	15.4. USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	30.4. Abgabe der Steuererklärungen 2024 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	15.5. USt für März bzw. 1. Quartal Lohnabgaben für April EST-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel 31.5. Pflichtversicherung SVS
Juni	Fälligkeiten	16.6. USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	30.6. Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2024 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline 30.6. Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2024 aus Nicht-EU-Ländern (gilt nicht für Großbritannien)



Juli	Fälligkeiten	15.7.	USt für Mai Lohnabgaben für Juni
	Fälligkeiten	18.8.	USt für Juni bzw. 2. Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel
August	Fälligkeiten	31.8.	Pflichtversicherung SVS
	Fälligkeiten	15.9.	USt für Juli Lohnabgaben für August
September	Fälligkeiten	Bis 30.9.	Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2024 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 30.6. (via FinanzOnline)
	Fristen und Sonstiges	Bis 30.9.	Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften
Oktober	Fälligkeiten	Bis 30.9.	Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2024
	Fälligkeiten	Bis 30.9.	Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2024 für Einkommen- und Körperschaftsteuer
November	Fälligkeiten	15.10.	USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.10.	Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2024
Dezember	Fälligkeiten	Bis 31.10.	Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
	Fälligkeiten	17.11.	USt für September bzw. 3. Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel
November	Fälligkeiten	30.11.	Pflichtversicherung SVS
	Fälligkeiten	15.12.	USt für Oktober Lohnabgaben für November
Dezember	Fälligkeiten	Bis 31.12.	Schriftliche Meldung an ÖGK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK-Beiträge für geringfügig Beschäftigte
	Fristen und Sonstiges	Bis 31.12.	Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2020 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab
Dezember	Fristen und Sonstiges	31.12.	Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft



Ihr Unternehmenserfolg liegt uns am Herzen.

Unternehmenserfolg ist abhängig von einer Balance zwischen Führungsstärke, Innovation, Sachkompetenz, Hausverstand und Wertschätzung. Bei uns stehen Sie und Ihr Unternehmen im Mittelpunkt. Wir helfen mit dem geschulten Blick von außen und zeigen neue Wege auf, bei denen Sie sich wohlfühlen.

Im Mittelpunkt der Mensch.

Wir setzen auf den partnerschaftlichen Dialog von Mensch zu Mensch. In konstruktiver Zusammenarbeit sprechen wir die sensiblen Unternehmenspunkte offen an, schärfen Ihren Blick für Zusammenhänge und unterstützen Sie dabei, den neuen Weg selbst zu gehen. Gemeinsam mit Ihnen finden wir maßgeschneiderte Zukunftskonzepte für Ihr Business.

Wir begleiten Sie auf einem neuen Weg.

Ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt in der Analyse bestehender Organisationen und Unternehmen sowie der Ausarbeitung von Lösungen für spezifische Probleme und dem Aufzeigen von Potenzialen. Dabei finden bei uns alle Phasen des unternehmerischen Lebens eine kompetente Begleitung. Wir führen junge Betriebe durch die Gründung, die Business Planung und die Finanzierung. Wir entwickeln Konzepte zu einer effizienten und nachhaltigen Betriebsübergabe und unterstützen bei der Sanierung bestehender Unternehmen.



Unser Know-how
für Ihren Erfolg.



Vereinbaren Sie ein unverbindliches und kostenloses Erstgespräch.



SABU
CONSULT

SABU-Consult GmbH

5082 Grödig, Oberfeldstraße 41
Tel.: +43 (0) 6246 76001

email: office@sabu-consult.at

www.sabu-consult.at

